

Wirtschaftsdemokratie in sozialer und ökologischer Verantwortung

Entwurf eines wirtschafts-, beschäftigungs- und
umweltpolitischen Fach- bzw. Umbauprogramms für die
„Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit“

WASG

ausformuliert und zusammengestellt¹

von

Egbert Scheunemann

Version 1.1

(Stand: 05. April 2005)

(Diese Version 1.1 unterscheidet sich von Version 1.0 nur durch die Ersetzung des Kürzels „ASG“ durch
das Kürzel „WASG“)

¹ Einige Teile dieses Entwurfes habe ich aus dem *Gründungsprogramm der ASG* (vgl.: www.wahlalternative-asg.de/uploads/media/gruendungsprogramm_20050122.pdf) bzw. aus dem „Hamburger Entwurf eines Bundesprogramms der *Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG)*.“ (www.egbert-scheunemann.de/HH-WASG-Programm-entwurf-KURZVERSION-7.0.pdf) wortwörtlich übernommen. Das betrifft insbesondere die Teile II. und III. Der Sinn eines thematisch begrenzten Fachprogramms ist zunächst die Detaillierung entsprechender Kapitel eines allgemeinen Grundsatzprogramms. Das Fachprogramm darf dem Grundsatzprogramm dabei in keinem Punkt widersprechen oder wichtige Forderungen auslassen. Insofern erhebe ich den Anspruch, sämtliche grundlegenden und auch spezielleren Forderungen aus dem *Gründungsprogramm der ASG* übernommen zu haben – neu ausformuliert oder eben, wie gesagt, hier und da sogar wortwörtlich (in letzterem Falle weise ich an den entsprechenden Stellen durch Fußnoten darauf hin). Man muss das Rad ja nicht jeden Tag neu erfinden.

Der weitere Sinn eines Fachprogramms neben einer ebenso empirisch-analytischen wie programmatischen *Vertiefung* der Thematik ist eine *Erweiterung* derselben im Sinne einer Darstellung auch längerfristiger Perspektiven (um nicht den Begriff der *Visionen* zu verwenden). In ihrem Gründungsprogramm erhebt die ASG beispielsweise die allgemeine Forderung nach einer *Demokratisierung der Wirtschaft*, spezifiziert diese aber kaum. Teil IV. stellt einen Versuch dar, diesem Mangel abzuweichen. Insofern wird speziell in diesem Teil programmatisches Neuland betreten. Neu ist auch der Versuch, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sowie den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft in einem Fachprogramm zu integrieren, zumal der *ökologische* in gewaltigem Maße einen *ökonomischen* Umbau impliziert – und einen *beschäftigungspolitisch* hoch wirksamen zudem.

INHALT

I.	PROLOG	4
II.	URSACHEN UND FOLGEN DER ÖKONOMISCHEN KRISE UND DER MASSENARBEITSLOSIGKEIT	5
	1. Von keynesianischer Vollbeschäftigung zu neoliberaler Massenarbeitslosigkeit.....	5
	2. Die neoliberale Analyse der Ursachen der Massenarbeitslosigkeit.....	6
	3. Fakten gegen die neoliberalen Irrtümer	6
	4. Die wahren Ursachen der Massenarbeitslosigkeit.....	7
	5. Massenarbeitslosigkeit und ihre Folgen	8
	6. Politikwechsel dringend notwendig.....	10
III.	DAS KURZ- UND MITTELFRISTIG NOTWENDIGE UND MACHBARE	11
	A: Wirtschafts-, Fiskal- und Verteilungspolitik.....	11
	7. Die wünschenswerte und volkswirtschaftlich erforderliche Alternative: Umverteilung der Einkommen mindestens entsprechend des Produktivitätsfortschritts	11
	8. Ökonomisch und ökosozial leistungsgerechtes Steuersystem statt Staatsverschuldung	11
	9. Zusätzliche Arbeit schaffende Maßnahmen im Einkommens- und Verteilungsbereich.....	14
	10. Stabilitätsanker soziale Sicherung	15
	11. Schreckgespenst Globalisierung.....	15
	12. Mythos Kapitalflucht	17
	13. Vernünftige Wirtschaftspolitik als vernünftige Außenwirtschaftspolitik....	17
	B: Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Ordnungspolitik	18
	14. Öffentliche Beschäftigung ausbauen und aktive Arbeitsmarktpolitik stärken, Stopp und Rückgängigmachung aller Privatisierungen.....	18
	15. Ostdeutschland und andere strukturschwache Regionen entwickeln	20
	16. Arbeitszeitverkürzung und Teilzeitarbeit statt Arbeitszeitverlängerung.....	21
	17. Kündigungsschutz ist unverzichtbar, Abbau von Überstunden.....	22
	18. Tarifautonomie, Flächentarif statt Lohndumping, einheitliches Arbeitsgesetzbuch.....	22
	19. Existenzsichernder Mindestlohn statt Niedriglohnsektor.....	23
	20. Ausbildungsplatzabgabe und Bildungssteuer	23
	21. Demographische Abgabe.....	23
	22. Mitbestimmung und Wirtschaftspluralismus.....	24
	C: Ökologischer Umbau der Industriegesellschaft – das Beschäftigungsprogramm par excellence	25
	23. Ökologische Veränderung der staatlichen Nachfragestruktur.....	25
	24. Ökologische Lenkungssteuern statt Lizenzierung von Umweltverschmutzung oder Mautsystem	25
	25. Gebote und Verbote	27

26.	Technologiefolgenabschätzung, Förderung ökologischer Technikinnovation, ökologische volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, betriebliche Umweltbilanzen	27
27.	Ökosozialer Umbau des Energiesystems und Ausstieg aus der so genannten friedlichen Nutzung der Atomenergie	28
28.	Ökosozialer Umbau des Verkehrssystems und der Siedlungsstrukturen	29
29.	Ökologisierung der Landwirtschaft	30
30.	Verbraucherschutz und sanfte Chemie	30
IV.	WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE ALS MITTEL- UND LANGFRISTIGE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE PERSPEKTIVE	32
31.	Mitarbeitergesellschaften.....	32
32.	Makroökonomische Verteilungsplanung.....	34
33.	Antimonopolistische Marktregulation	36

I. PROLOG

„Eine Demokratisierung der Wirtschaft ist Ziel und Bedingung für einen nachhaltigen Politikwechsel...“
Aus dem *Gründungsprogramm der WASG*, Januar 2005

Der Kapitalismus ist nicht das Endwort der Geschichte. Wir wollen ein Wirtschaftssystem, in dem nicht maximaler Profit das primäre Ziel ist, sondern die Versorgung der gesamten Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Produkten und Dienstleistungen, die sozial und ökologisch verantwortlich hergestellt und erbracht worden sind. Der Mensch ist nicht nur homo oeconomicus. Er ist nicht nur Konsument, der möglichst kostengünstig einkaufen möchte, unabhängig vom sozialen und ökologischen Preis der Produktion. Er ist auch Produzent, der sich in sinnvoller, stressfreier, human organisierter Arbeit mit seinen Mitproduzenten und im Einklang mit der Natur das Notwendige ebenso wie das Schöne schaffen möchte. Er ist zudem Genießer und Lebemensch, der das permanente Wachstum der Produktivität seiner Hände und seiner Produktionsmittel nutzen kann und nutzen möchte, das Reich der Freiheit und freier kultureller und sozialer Entwicklungszeit immer weiter auszudehnen und das Reich der Notwendigkeit und mühsamer Arbeit immer weiter zu reduzieren.

Der Mensch ist schließlich ein politisches und soziales Wesen. Demokratie ist das soziale Analogon freier individueller Selbstbestimmung. Demokratie als Selbstbestimmung eines ganzen Volkes ist insofern nicht nur Mittel zum Zweck, sondern wesentlich Selbstzweck. Demokratie darf daher nicht auf den politischen Bereich beschränkt bleiben, sie darf vor den Fabrikhallen nicht Halt machen. Sie ist Inbegriff einer gesamten Lebensweise, der Lebensweise der Freiheit und freier Selbstbestimmung. Der demokratische Souverän ist in dieser Lebensweise die letzte Quelle jeder politischen, ökonomischen oder sozialen Macht. Sowohl auf mikro- wie makroökonomischer Ebene, im einzelnen Produktionsbetrieb wie auf der Stufe der gesamten Volkswirtschaft müssen letztlich die am Produktionsprozess beteiligten wie die davon betroffenen Menschen über die grundlegende Ausrichtung der Produktion entscheiden. Auf Betriebsebene betrifft dies eher die human- und sozialgerechte sowie ökologisch verträgliche Gestaltung der konkreten Produktionsprozesse; auf volkswirtschaftlicher Ebene eher die grundlegende Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums nach Kriterien volkswirtschaftlicher Effizienz, sozialer Gerechtigkeit und demokratisch definierter sozialer Bedürfnisse.

Eine betriebs- wie volkswirtschaftlich grundlegend demokratisierte Ökonomie muss in keiner Weise den gesamten Produktionsprozess bis ins Detail planen und organisieren. Ein sozial und ökologisch vernünftig regulierter Marktmechanismus auf der Basis demokratisch verfasster und also selbst verwalteter, ansonsten aber markt- und also konsumentenabhängiger Betriebseinheiten vollbringt wertvolle wirtschaftliche Steuerungsleistungen quasi unentgeltlich – im Gegensatz zu aufwändigen Planungsbürokratien. Zudem wäre jede direktive Produktionsplanung bis hinunter zum letzten Konsumgut, sei sie auch demokratisch legitimiert, eine Diktatur über die Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung des einzelnen Menschen bzw. eine Diktatur der Mehrheit über die Bedürfnisse der Minderheit. Im demokratisch bestimmten Rahmen humaner betrieblicher Produktionsverhältnisse und grundlegender volkswirtschaftlicher Verteilungserfordernisse, von sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit ist in einer freien Gesellschaft jeder Mensch auch im Bereich der Ökonomie – ein freier Mensch.

II. URSACHEN UND FOLGEN DER ÖKONOMISCHEN KRISE UND DER MASSENARBEITSLOSIGKEIT²

Gute Therapie setzt gute Diagnose voraus. Was sind die Ursachen der Massenarbeitslosigkeit, welche ihre politischen, sozialen und kulturellen Folgen? Fragen nach den Ursachen von Phänomenen sind Fragen nach ihrer Geschichte. Betrachten wir kurz, wie es zur Herausbildung der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland gekommen ist und welche schwerwiegenden gesellschaftlichen Folgen sie zeitigt.

1. Von keynesianischer Vollbeschäftigung zu neoliberaler Massenarbeitslosigkeit

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland war in den ersten drei Jahrzehnten nach 1949 im Zeichen eines nachfrageorientierten Wohlfahrtskeynesianismus äußerst erfolgreich: Die Wirtschaft wuchs fast ohne Unterbrechung, es herrschte bald Vollbeschäftigung, ja Arbeitskräftemangel, und die realen Löhne stiegen kontinuierlich. Die Arbeitszeiten wurden in verschiedensten Formen Schritt um Schritt reduziert (von der 48- zur 35-Stunden-Woche, mehr Urlaub, längere Ausbildungszeiten, frühere Verrentung etc.), und der Ausbau des Sozialstaats gewährte immer mehr Menschen einen relativ sorgenfreien Lebensabend, ein staatlich finanziertes Studium oder ebenso fraglose wie kostenlose Hilfe im Krankheitsfalle. Das waren keine Geschenke, sondern Ergebnisse zumeist heftig umkämpfter sozialer Reformen und harter Verteilungskonflikte.³

Die Verwandlung des kontinuierlichen Produktivitätsfortschritts in steigende reale Masseneinkommen, steigenden sozialen Konsum und eine fortwährende Reduzierung der Arbeitszeit dauerte bis etwa Mitte der 1970er Jahre. Welche objektiven oder sozi-

² Bei den nachfolgenden Kapiteln II. bis III. handelt es sich um **stark überarbeitete und ergänzte** Teile aus dem „Hamburger Entwurf eines Bundesprogramms der *Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG)*“ (vgl. Fußnote 1; im Folgenden abgekürzt als *HH-Entwurf*). Dieser Entwurf ist teilweise inhaltlich, vor allem aber formal-strukturell in das *Gründungsprogramm der ASG* eingeflossen (im Folgenden abgekürzt als *Gründungsprogramm*). Umgekehrt finden sich in den folgenden Ausführungen alle programmatisch essentiellen und auch detaillierteren Forderungen aus dem *Gründungsprogramm* – aber eben nicht nur diese. Über beide Programme wesentlich hinausgehende programmatische Forderungen werden in Fußnoten entsprechend vermerkt.

Was Nachweise von „Autorenrechten“ betrifft, bin ich übrigens bei Textauszügen aus dem *Gründungsprogramm* sehr viel strenger als beim *HH-Entwurf*, da ich beim Gründungsprogramm nur die *formale* Schlussredaktion übernommen habe. Für die *Inhalte* des *Gründungsprogramms* zeichnet die ASG-BRD-Programmkommission, deren Mitglied ich bin, in ihrer Gesamtheit verantwortlich. Die wirtschafts-, beschäftigungs- und umweltpolitischen Teile des *HH-Entwurfes* habe ich – von wenigen nachträglichen formalen Korrekturen durch unsere Hamburger ASG-Programmgruppe abgesehen – hingegen selbst ausformuliert. Was den programmatischen Steinbruch namens *HH-Entwurf* betrifft, konnte ich also „eigentumsrechtlich“ etwas großzügiger umgehen und auf Einzelnachweise der Herkunft vieler „Programmblöcke“ verzichten.

³ Dieser letzte Satz stammt aus dem *Gründungsprogramm*.

alen Faktoren haben dazu geführt, dass diese erfolgreiche Entwicklung zu jener Zeit abgebrochen ist – oder gar abgebrochen wurde? Betrachten wir vorab kurz die neoliberale Antwort auf die Frage nach den Ursachen der Massenarbeitslosigkeit.

2. Die neoliberale Analyse der Ursachen der Massenarbeitslosigkeit

Die herrschenden Kräfte in Parteien und Medien, in Arbeitgeberverbänden und der Wirtschaftswissenschaft behaupten, die Massenarbeitslosigkeit sei die Folge zu hoher Löhne, zu hoher Sozialabgaben, einer zu hohen Staatsquote, von zuviel Bürokratie und zu vielen Paragraphen (Umweltschutz, Kündigungsschutz etc.). Unsere Gesellschaft vergreise nicht nur faktisch, wie die wachsende Zahl der Rentner zeige, sondern auch quasi symbolisch: Unsere sozialen Strukturen wie unser Denken insgesamt seien verkrustet. Was über drei Jahrzehnte im Sinne einer wirtschaftliches Wachstum induzierenden Nachfragepolitik Quelle wachsenden Wohlstands war, hat sich nach herrschender neoliberaler Meinung irgendwie und unvermutet in Fesseln der weiteren Entwicklung verwandelt. Jahrzehnte konnte der Produktivitätsfortschritt in steigende reale Masseneinkommen und eine Verkürzung der Arbeitszeit verwandelt werden – urplötzlich soll das aber nicht mehr oder nur noch sehr eingeschränkt möglich sein. Die im Zuge der Globalisierung sich verschärfende internationale Konkurrenz oder eben die Überalterung unserer Gesellschaft seien dafür verantwortlich.

Der unablässig verkündete neoliberale Therapieverschlagn erscheint dann logisch: Flexibilisierung, Deregulierung oder gar Abschaffung etwa des Arbeitsrechtes (Kündigungsschutz) und vor allem Senkung der angeblich international nicht wettbewerbsfähigen Kosten (Löhne, Sozialabgaben und Steuern). Die zu verwirklichende Wirkungskette laute: *steigende Gewinne, mehr Investitionen, mehr Beschäftigung!* Nur so könne Deutschland wieder international wettbewerbsfähig werden. Die neoliberale Therapie hat verschiedene Namen: Sie heißt etwa „Agenda 2010“ oder „Hartz IV“.

3. Fakten gegen die neoliberalen Irrtümer

Stellen wir dieser grundfalschen neoliberalen Diagnose der Ursachen der Massenarbeitslosigkeit zunächst ein paar Fakten entgegen: Deutschlands Außenhandelsüberschuss (positiver Saldo aller Ex- und Importe) ist fast doppelt so hoch wie der des in der Weltrangliste zweitplatzierten Landes – Japan.⁴ Deutschland bricht auf Grund hervorragender Standortbedingungen (extrem zurückhaltende Entwicklung der Lohnstückkosten und sehr geringe Streikzeiten oder Krankenstände im internationalen Vergleich, höchster Ausbildungsstand der Beschäftigten, exzellente Verkehrs-, Informations- und Forschungsinfrastruktur, effiziente staatliche Verwaltung, nachfragestabilisierende Sozialsysteme etc.) einen Exportrekord nach dem anderen. Im Jahre 2004 stieg der Handelsbilanzüberschuss weiter an und erreichte den neuen Rekordwert von 155 Milliarden €.

Die deutsche Wirtschaft ist also in der Summe international so wettbewerbsfähig wie keine andere. Deutschland profitiert von der so genannten Globalisierung in ungeheurem Ausmaß (vgl. vertiefend Kapitel 11). Nicht der Abbau des Sozialstaates ist notwendig, um der Globalisierung zu begegnen – sein Ausbau wäre vielmehr möglich und notwendig! Das Bruttosozialprodukt in Deutschland steigt kontinuierlich, allein von 1991-2004 nominell um weit über eine Billion Mark – und das bei nahezu stagnierender bis

⁴ Im Jahre 2003 betrug dieser Saldo in Deutschland 146 Mrd. \$, in Japan ca. 87 Mrd. \$. Vgl. http://www.destatis.de/ausl_prog/suche_ausland.htm

tendenziell abnehmender Bevölkerungszahl. Das Gesamtvermögen dieser Gesellschaft ist so hoch wie nie zuvor. Die Produktivität unserer Wirtschaft wächst drei bis fünf mal so schnell wie der Anteil der Alten an unserer Gesellschaft. Es gibt also keinen vernünftigen Grund für Rentenkürzungen oder anderen Sozialabbau. Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum das kontinuierliche Wachstum der Produktivität nicht auch weiterhin in steigende reale Masseneinkommen und weitere Verkürzungen der Arbeitszeit verwandelt werden könnte.

4. Die wahren Ursachen der Massenarbeitslosigkeit

Die Ablösung des erfolgreichen nachfrageorientierten Wohlstandskeynesianismus durch das neoliberale, angebotsorientierte Politikmodell Mitte der 70er Jahre war einer Kombination verschiedener Faktoren geschuldet. Auf der realwirtschaftlichen Ebene wurde die grundlegende Tendenz marktwirtschaftlich-kapitalistisch organisierter Systeme, sich in Form zyklisch auftretender Überinvestitions- bzw. Unterkonsumtionskrisen zu entwickeln, durch die Ölpreiskrise 1973 massiv verstärkt. Vor allem aber die so genannte „konservative Revolution“ in der Politik vieler wichtiger westlicher Industriestaaten als Reaktion auf die „Auswüchse“ des Wohlstandskeynesianismus (Reagonomics, Thatcherismus etc.) und die neoklassisch-angebotstheoretische (neoliberale) Revolution im Mainstream der Wirtschaftswissenschaften forcierten diese Entwicklung. Die dominant gewordene neoklassische (neoliberale) Angebotstheorie ist ein theoretisch bestechend ausformuliertes Modell, dessen Geltungsprämissen aber fast nichts mit der Realität zu tun haben: 1. vollständige Konkurrenz, 2. vollständige Information und 3. vollständige Mobilität aller Marktsubjekte. Würden diese Geltungsbedingungen wirklich gelten, wären Krisen und Massenarbeitslosigkeit nicht einmal *denkbar*. Die Realität muss nur, so wird uns gesagt, lange genug an die Theorie angepasst werden, etwa in Form von Lohnsenkungen, um die Massenarbeitslosigkeit auf Null zu reduzieren: Sinken die Lohnkosten, steigt die Nachfrage nach Arbeitskräften durch die Arbeitgeber – so diese rein betriebswirtschaftliche Sicht der ökonomischen Zusammenhänge.

Dieses theoretische Konzept gegen die Massenarbeitslosigkeit verspricht nun seit dreißig Jahren, die Situation zu verbessern – und sie wird faktisch immer schlimmer, die Massenarbeitslosigkeit steigt und steigt. Warum?

Die herrschende neoliberale Politik behebt nicht, sondern sie verschärft die Wachstumsschwäche unserer Wirtschaft, weil Lohnkürzungen und Kürzungen bei sozial Schwachen (Rentner, Empfänger von Arbeitslosenhilfe etc.) eine Schwächung der Massenkaufkraft bedeuten und in der Folge der Nachfrage, des Absatzes, der Produktion und der Beschäftigung.

Beispiel Lohn- und Gewinnentwicklung: Seit mehr als 20 Jahren steigen Löhne und Gehälter erheblich langsamer als die Produktivität. Die Beschäftigten erhalten einen immer geringeren Anteil des wachsenden Reichtums, den sie Jahr für Jahr erarbeiten. Die Lohnsumme stieg real, also nach Abzug der Preissteigerung, von 1980 bis 2003 brutto um knapp die Hälfte und netto um weniger als ein Drittel. Gewinne und Vermögenseinkommen haben sich dagegen real, brutto wie netto um etwa 120 Prozent erhöht, also mehr als verdoppelt.⁵

Beispiel Kürzung der Sozialausgaben: Die Reduzierung der Arbeitslosenhilfe auf das (neu definierte) Sozialhilfeniveau bedeutet für Millionen Menschen schwere Einkom-

⁵ Dieser Absatz stammt (fast) wörtlich aus dem *Gründungsprogramm*.

mens- und Vermögensverluste – also ausgerechnet bei der Gruppe, die schon heute die Armutsgrenze vor Augen hat. Umgekehrt steigt beispielsweise allein durch die Anfang 2005 vollzogene Senkung des Spitzensteuersatzes von 45 auf 42 Prozent das Einkommen eines Einkommensmillionärs um monatlich 2500,- Euro. Die Sparquote ist bei Besser- und Spitzenverdienern sehr hoch – die Konsumquote also relativ gering. Umgekehrt ist die Sparquote im unteren Drittel der Einkommenshierarchie sehr gering, ja sie liegt oft bei Null oder sogar im negativen Bereich (Verschuldung). Einkommen, das vom oberen in das untere Drittel der Einkommenshierarchie umverteilt wird, verwandelt sich also nahezu eins zu eins in eine Stärkung der Nachfrage, des Absatzes, der Produktion und der Beschäftigung.

Die neoliberale Umverteilung von unten nach oben erreicht hingegen das genaue Gegenteil. Der wachsende Reichtum bei den Besser- und Spitzenverdienern wird auf Grund der hohen Sparneigung anteilig immer weniger konsumiert und kann auf Grund der zurückgebliebenen Massenkaufkraft auch kaum noch adäquat in Arbeit schaffende Investitionen verwandelt werden – auch bei noch so geringen Löhnen. Diese Gelder, die sich weder in Konsum noch in reale Investitionen verwandeln, wandern ab auf die internationalen Finanzmärkte, um wenigstens noch Zinsen oder Dividenden zu realisieren. Im gleichen Maße fehlen in der heimischen Wirtschaft finanzielle Mittel, um die Konsumkraft und damit Nachfrage, Absatz, Produktion und Beschäftigung zu stärken. In zyklisch ausbrechenden internationalen Finanzkrisen und Börsencrashes werden diese Finanzmassen, statt menschliche Bedürfnisse und ökonomische Produktion miteinander zu vermitteln, letztlich immer wieder vernichtet.

Wir stellen also fest, dass eine über Jahrzehnte falsch laufende Einkommensverteilungs- und Arbeitszeitpolitik die wahren Ursachen der Massenarbeitslosigkeit sind. Wir müssen an diesen beiden Hebeln ansetzen, um die Massenarbeitslosigkeit abzubauen und letztlich abzuschaffen. Der Produktivitätsfortschritt muss wieder adäquat in steigende reale Masseneinkommen und weitere Arbeitszeitverkürzungen verwandelt werden. Wenn unsere realen Investitionen (Produktionsautomaten, Roboter, computergestützte Fertigung etc.) immer produktiver werden und sich also auch selbst immer produktiver reproduzieren, brauchen wir relativ immer weniger Investitionsmittel, um steigenden individuellen und sozialen Konsum und die dafür notwendigen Investitionsgüter zu produzieren. Werden (Netto-)Investitionen primär aus Gewinnen finanziert, dann kann und muss auf Grund der wachsenden Produktivität dieser Investitionen der Anteil der Gewinne (G) am Sozialprodukt (Y), also G/Y sinken – und es kann und muss der Anteil des individuellen wie sozialen Konsums (C/Y) steigen. Absurde Folge der neoliberalen Umverteilungspolitik von unten nach oben ist hingegen, dass die Gewinnquote (G/Y) am Sozialprodukt mehr und mehr gestiegen und die beschäftigungsstrukturbereinigte Lohnquote (L/Y) inzwischen soweit gesunken ist, dass sie das Niveau der 1960er erreicht hat.

Bevor wir konkrete Mittel und Wege aufzeigen, wie die Massenarbeitslosigkeit überwunden werden kann, möchten wir noch kurz die katastrophalen ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Folgen der Massenarbeitslosigkeit und der Herrschaft des Neoliberalismus aufzeigen, um die Dringlichkeit eines Politikwechsels aufzuzeigen und zu verdeutlichen, warum in unserer Programmatik die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit absolute Priorität hat.

5. Massenarbeitslosigkeit und ihre Folgen

Wir leben nun schon im dritten Jahrzehnt der Massenarbeitslosigkeit. Anfang 2005 waren über fünf Millionen Menschen in Deutschland nach der offiziellen Statistik arbeits-

los. Rechnet man die so genannte stille Reserve hinzu, also all jene etwa, die es aufgegeben haben, nach Arbeit zu suchen oder auf Grund von Umschulungsmaßnahmen von der Statistik nicht mehr erfasst werden, müssen wir eher von sieben bis acht Millionen Arbeitslosen ausgehen. Dieser ökonomische, soziale und politische Skandal hat weit reichende Folgen:

1) Für den einzelnen Menschen bedeutet Arbeitslosigkeit materielle Verarmung und oft Perspektivlosigkeit und Verzweiflung. Selbst nach dem neuen offiziellen Armutsbericht der Bundesregierung gibt es in Deutschland immer mehr arme Menschen. For allem längerfristig Arbeitslose, Alte, Frauen und Kinder sind von dieser Entwicklung betroffen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger, der Obdachlosen und von Konsumenten legaler wie illegaler Drogen steigt. Viele Menschen nehmen sich aus Verzweiflung und Perspektivlosigkeit das Leben.

2) Für die gesamte Gesellschaft bedeutet Massenarbeitslosigkeit einen ungeheuren Verlust an materiellem Wohlstand, sozialen und kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten und auch an so genanntem Humankapital – Qualifikationen, Erfahrung, Talent und Motivation.

3) Lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit birgt die Gefahr, dass sich immer mehr Menschen enttäuscht von der Politik, ja der Demokratie abwenden und resignieren (Wahlenthaltung) oder gar Abhilfe bei extremistischen Parteien suchen. Vor allem diese Entwicklung betrachten wir mit großer Sorge. Das neoliberale Politikmodell hinterlässt also nicht nur in der Ökonomie verheerende Spuren, sondern auch in allen anderen Gesellschaftsbereichen unserer Demokratie. Die Ideologie, die hinter dem neoliberalen Slogan „Leistung muss sich wieder lohnen“ steckt, grenzt unerbittlich und von vornherein alle Menschen aus, die nicht so leistungsfähig sind und dem Ideal der olympiareifen Produktionsmannschaft nicht entsprechen – Schwache, Kranke, Alte, allein erziehende Frauen und Männer, Jugendliche und Kinder oder Langzeitarbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Obdachlose. Die Kluft zwischen arm und reich wird immer breiter, Entsolidarisierung, Egoismus und Ellenbogenmentalität werden endemisch. Es breitet sich ein gesellschaftliches Klima aus, in dem alles Soziale in den Ruch des Bürokratischen, Verkrusteten, Leistungshemmenden, Unberechtigten und Erschlichenen gerät. Selbst unser (noch) größtenteils staatlich bzw. öffentlich-rechtlich organisiertes Bildungssystem kommt dann schnell ins Visier neoliberaler „Verschlankung“ des Staates – und das in einem Lande, dessen Ökonomie auf die Ressource Humankapital so sehr angewiesen ist wie auf keine andere.

Die Entsolidarisierung im Zuge der Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit und der gesellschaftsweiten Durchsetzung der neoliberalen Ideologie zeitigt vor allem auch im innenpolitischen und Rechtsbereich verheerende Wirkungen. Sollen die Ausgegrenzten immer weniger mit wohlfahrtsstaatlichen Mitteln ruhig gestellt werden, greifen die ökonomisch Neoliberalen sehr schnell zu politisch äußert unliberalen Methoden. Dem Rückbau des Wohlfahrtsstaates steht der Ausbau des Sicherheits- und Überwachungsstaates gegenüber. Die Zahl der Gefängnisinsassen steigt und steigt, obwohl die Kriminalitätsraten seit Jahren nachweisbar stagnieren (von einzelnen Kriminalitätsformen wie etwa wachsender Wirtschaftskriminalität abgesehen). Die Anordnungen von Sicherungsverwahrungen haben sich in den letzten Jahren fast verdoppelt. Jede Gelegenheit (Kindesentführung und –mord, Terroranschläge in anderen Ländern etc.) wird von rechtspopulistischen Politikern aus allen Parteien genutzt, um eine immer weitergehende Verschärfung gesetzlicher Strafandrohungen zu fordern und durchzusetzen. Die neoliberale Gesellschaft der sozialen Spaltung ist eine hochgradig videoüberwachte und abgehörte Gesellschaft (großer Lauschangriff, Nutzung des gesamten Repertoires moderner Technik zur Datensammlung, Personenidentifizierung und -überwachung).

4) Die Massenarbeitslosigkeit und die Arbeitslosen, die im neoliberalen Politikmodell nur als Kostenfaktor erscheinen, müssen im weiteren herhalten als Begründung für angeblich notwendigen Sozialabbau und staatliche Sparpolitik. Öffentliche Bücherhallen oder Bäder, Kindertagesstätten oder Frauenhäuser werden geschlossen. Selbst die Umwelt, die Kultur, die Schulen und die Universitäten bekommen es zu spüren, wenn, wie behauptet wird, die öffentlichen Kassen leer sind und gespart werden muss – koste es, was es wolle. Die öffentlichen Investitionen haben in Deutschland inzwischen einen historischen Tiefststand erreicht – sogar im Vergleich mit Ländern wie den USA oder Großbritannien. Und das in einem Lande, dessen Exportweltmeisterschaft ganz wesentlich auf seine bislang hervorragende öffentliche Infrastruktur und sein nach wie vor höchst konkurrenzfähiges Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungssystem zurückzuführen ist.

5) Über fünf Millionen offiziell Arbeitslose in Deutschland haben ferner zur Folge, dass die lohnarbeitszentrierte Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und die öffentlichen Haushalte aus den Fugen geraten sind. Über fünf Millionen Arbeitslose zahlen keine Einkommens- oder Lohnsteuer und keine Beiträge in die sozialen Kassen, etwa in die Renten- oder Arbeitslosenversicherung ein, müssen aber umgekehrt aus diesen sozialen Kassen versorgt werden. Immer weniger Menschen mit einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz müssen für immer mehr Menschen aufkommen (Arbeitslose, Rentner, Sozialhilfeempfänger etc.).

6) Besonders schlimme Folgen hat die neoliberale Wirtschaftspolitik, die von *Weltbank* und *Internationalem Währungsfonds* und den hinter diesen Institutionen stehenden westlichen Industrieländern zur weltweiten Wirtschaftsdoktrin ausgerufen wurde, für die Länder der so genannten Dritten Welt. Sie wurden zu Rohstofflieferanten und Agrarproduktplantagen für die Märkte des Nordens degradiert. Die neoliberale Wirtschaftspolitik hat auch in diesen Staaten die Kluft zwischen Arm und Reich massiv verstärkt und zu mehr statt weniger Arbeitslosigkeit geführt. International erfolgreiche industrielle Schwellenländer (z.B. Südkorea, Taiwan) setzen hingegen fast ausschließlich auf eine wirtschaftspolitische Strategie, die auf einer engen Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft beruht.

6. Politikwechsel dringend notwendig

Wir lehnen die neoliberale Politik der Umverteilung von unten nach oben grundlegend ab. Sie ist unsozial und ökonomisch falsch. Seit Jahrzehnten (Reagonomics, Thatcherismus, Sparpolitik eines Helmut Schmidt, „geistig-moralische“ Wende eines Helmut Kohl, „Agenda 2010“, „Hartz I-IV“ etc.) verspricht uns, wie gesagt, die neoliberale Politik Besserung. Tatsächlich steigt die Arbeitslosigkeit und die Zahl der Empfänger von Armutslöhnen (working poor), der Sozialhilfeempfänger und Obdachlosen, also jener, die in der offiziellen Arbeitslosenstatistik nicht mehr erscheinen. Ein Politikwechsel ist also dringend notwendig. Sehen wir zunächst, was wirtschaftspolitisch kurz- und mittelfristig notwendig und machbar ist.

III. DAS KURZ- UND MITTELFRISTIG NOTWENDIGE UND MACHBARE

A: Wirtschafts-, Fiskal- und Verteilungspolitik

7. Die wünschenswerte und volkswirtschaftlich erforderliche Alternative: Umverteilung der Einkommen mindestens entsprechend des Produktivitätsfortschritts

Wir behaupten gegen das neoliberale Politikmodell: Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum der Produktivitätsfortschritt nicht auch zukünftig anteilig in wachsende reale Einkommen und anteilig in Arbeitszeitverkürzungen für alle Erwerbstätigen – statt in Arbeitslosigkeit für viele – verwandelt werden kann. In einer Wirtschaft, deren Produktivität Jahr um Jahr wächst, muss immer mehr von jenen, die ökonomisch produzieren, zu jenen umverteilt werden, die nicht am Produktionsprozess teilhaben.

Diese Umverteilung ist ein unabdingbares volkswirtschaftliches Erfordernis. Wer sagt, die Quote sozialer Umverteilung müsse bei z.B. 40 Prozent gedeckelt werden, der fordert quasi, dass zukünftig nur noch die Menschen, die direkt im Produktionsprozess stehen, vom Produktivitätsfortschritt profitieren sollen und alle anderen nicht mehr.

Zurzeit erwirtschaften in Deutschland etwa 38 Millionen Erwerbstätige (bei ca. 26 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen) das Einkommen und Auskommen für insgesamt 82 Millionen Menschen, also für sich selbst und für die große, weit überwiegende Mehrheit der nicht erwerbstätigen Bevölkerung. Weil die Produktivität wächst, weil uns immer mehr Produktionsroboter und –automaten, eine immer bessere Arbeitsorganisation, immer bessere Software und immer intelligenter und effizientere Computersysteme immer mehr Arbeit abnehmen, wäre und ist es falsch, die Arbeitszeiten zu verlängern.

Zudem kann und muss die durch die steigende Produktivität ermöglichte steigende Produktion bzw. müssen die daraus erzielten Einkommen ebenso kontinuierlich umverteilt werden von den produzierenden Erwerbstätigen zu den nicht (direkt) produzierenden Erwerbstätigen (z.B. soziale Dienstleister) sowie zu den nicht Erwerbstätigen. Die 44 Millionen Menschen, die von den insgesamt 82 Millionen Menschen in Deutschland nicht im Erwerbsleben stehen, müssen schlicht das Geld bekommen, um all das kaufen zu können, was die anderen 38 Millionen immer produktiver produzieren. Eine kontinuierlich anwachsende Umverteilung ist auf Grund kontinuierlich steigender Produktivität eine absolute volkswirtschaftliche Notwendigkeit.

Wir wollen die neoliberale Umverteilung von unten nach oben stoppen und umkehren in eine volkswirtschaftlich notwendige Umverteilung von oben nach unten. Bei hohen und höheren Einkommen ist die Sparquote sehr hoch, bei unteren Einkommen ist die Sparquote hingegen fast Null und oft sogar negativ (Verschuldung). Vom oberen Drittel (und vor allem Fünftel) zum unteren Drittel (Fünftel) der Einkommenshierarchie umverteiltes Einkommen verwandelt sich demnach fast vollständig in steigende Konsumnachfrage, steigenden Absatz und steigende Produktion und Beschäftigung.

8. Ökonomisch und ökosozial leistungsgerechtes Steuersystem statt Staatsverschuldung

Die Finanzierung zusätzlicher staatlicher Ausgaben durch Kreditaufnahme kann in Zeiten eines unvorhersehbaren konjunkturellen Einbruchs (Ölpreisschock etc.) eine sinnvolle, nachfragestabilisierende Maßnahme sein. Ein kreditfinanzierter Wachstumsschub

führt zu Steuer- und Beitragsmehreinnahmen. Insofern finanzieren sich staatliche kreditfinanzierte Wachstumsprogramme anteilig selbst. Zudem sind von den staatlichen Bruttozinszahlungen (in Deutschland waren das beispielsweise im Jahre 2003 rund 66 Mrd. €) jene Größen abzuziehen, die dem Staate daraus wieder direkt oder indirekt zufließen (Bundesbankgewinne, Einkommenssteuer auf Zinseinnahmen bzw. Zinsabschlagsteuer, Erbschaftssteuer auf vererbte Staatsschuldverschreibungen, inflationäre Teilentwertung der nominalen Staatsschuldverschreibungen bzw. der Nominalzinsen).

Grundsätzlich ist die öffentliche Verschuldung jedoch abzubauen. Für die zu zahlenden Nettozinsen kommt die Allgemeinheit auf. Bei den Beziehern von Zinseinkommen handelt es sich aber in der Regel um eine kleine wohlhabende Minderheit. Staatliches Schuldenmachen stellt somit eine Form massiver Umverteilung von unten nach oben dar. Die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sollte grundsätzlich direkt über die nachfolgend skizzierten Steuererhöhungen bei den Besserverdienenden und durch die Erhebung von ökosozialen Lenkungssteuern erfolgen.

Um unsere Wirtschaft wieder auf einen ökologisch gelenkten, sozial ausgerichteten und Arbeit schaffenden Pfad qualitativen Wachstums zu bringen, sind – zunächst stichpunktartig zusammengefasst – folgende fiskalpolitische Maßnahmen notwendig:

- Wiedereinführung der Vermögenssteuer;
- Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf mindestens 47 Prozent und mittelfristig auf seine ehemalige Maximalhöhe;
- Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuer;
- Abschaffung des Ehegattensplittings;
- Besteuerung von Finanztransaktionen und Devisenspekulationen (Tobin-Steuer);
- Besteuerung von Veräußerungsgewinnen (beim Verkauf von Aktienpaketen etc.);
- Reformierung der Unternehmensbesteuerung in Richtung einer Wertschöpfungssteuer;
- Bekämpfung der Steuerkriminalität (Steuerhinterziehung);
- Beseitigung aller legalen Steuerschlupflöcher;
- Ausbau ökologischer und sozialer Lenkungssteuern (Mineralöl-, Kerosin-, Alkohol-, Tabaksteuer etc.) bis zu spätestens dem Punkt, an dem das Steueraufkommen auf Grund erwünschter Einschränkung des Verbrauchs der besteuerten Güter nicht mehr steigt.⁶

Die Finanzkrise des Staates ist nicht durch übermäßig wachsende Ausgaben verursacht, sondern durch die unverantwortlichen und ungerechten Steuersenkungen und Steuervergünstigungen für große Unternehmen und hohe Einkommen sowie die Abschaffung der Vermögenssteuer. Der Anteil der öffentlichen und sozialen Ausgaben an der erarbeiteten Wertschöpfung verharrt trotz wachsender Aufgaben, die durch die deutsche Vereinigung und die steigende Arbeitslosigkeit verursacht sind, seit 30 Jahren auf dem gleichen Niveau.

Der Anteil der Steuereinnahmen an der Wirtschaftsleistung ist dagegen deutlich gesunken, insbesondere in den letzten Jahren. Läge dieser Anteil noch auf dem Niveau des Jahres 2000, hätte der Staat über 60 Milliarden Euro jährlich mehr zur Verfügung. Da-

⁶ Der nachfolgende Text bis zum Ende des Kapitels (mit Ausnahme eines Absatzes, den ich speziell kennzeichnen werde) stammt wörtlich aus dem *Gründungsprogramm*.

bei hat es eine gravierende Umverteilung der Steuer- und Abgabenbelastungen gegeben: Der Anteil der Steuern auf Gewinne und Vermögenseinkommen an allen Steuereinnahmen hat sich von 1978 bis 2003 von 28 auf 14 Prozent halbiert. Der Anteil der Lohnsteuern ist von 29 auf 36 Prozent gestiegen, deutlich zugenommen hat ebenfalls der Anteil der Mehrwert- und Verbrauchsteuern. Gleichzeitig ist die Belastung der Löhne und Gehälter mit Sozialbeiträgen gestiegen.

Wir fordern eine solidarische Steuerpolitik. Die Begünstigung der großen Unternehmen und der Vermögenden muss beendet werden. Der Staat muss wieder ausreichend Finanzmittel bekommen, um die sozialen und öffentlichen Aufgaben erfüllen zu können, ohne sich immer mehr verschulden zu müssen. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Zugleich müssen niedrige und mittlere Arbeitnehmereinkommen entlastet werden. Wir orientieren uns dabei grundsätzlich an dem Konzept der *Solidarischen Einfachsteuer*, das die Gewerkschaften *ver.di* und *IG Metall* gemeinsam mit *Attac* und der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* entwickelt haben.

Wir betonten dabei, dass das Konzept der *Solidarischen Einfachsteuer (SES)* zwei politische Forderungen beinhaltet, die nicht Bestandteil der Programmatik einer sozial orientierten Partei wie der *WASG* sein können: eine *Beitragsbemessungsgrenze* bei der Finanzierung der sozialen Systeme und einen *Kinderfreibetrag* im Einkommenssteuerrecht. Erstere würde ausgerechnet Spitzenverdiener *relativ weniger* belasten als Einkommensbezieher, deren Einkommen unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegen – und ein *Kinderfreibetrag* würde ausgerechnet Besser- und Spitzenverdiener bevorzugen. Die ASG fordert hingegen die Abschaffung nicht nur der *Versicherungspflichtgrenze*, sondern auch der *Beitragsbemessungsgrenzen* bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Die Steuermehreinnahmen, die aus einer *Abschaffung des Kinderfreibetrages* im Einkommenssteuerrecht resultieren, sollten in eine adäquate *Erhöhung des Kindergeldes* verwandelt werden.⁷

Wir wollen eine sozial gerechte Reform der Einkommensteuer, die kleine Einkommen entlastet und große stärker belastet. Steuerschlupflöcher für Vermögende und Großverdiener müssen geschlossen werden, der Spitzensteuersatz muss wieder auf seine frühere Höhe angehoben werden, mindestens jedoch auf 47 Prozent. Kapitalerträge und Spekulationsgewinne dürfen steuerlich nicht besser als andere Einkommen behandelt werden. Auch Börsenumsätze sind wieder zu besteuern. Das Ehegattensplitting ist abzuschaffen. Es begünstigt insbesondere Ehen, in denen ein Partner allein oder ganz überwiegend ein hohes Haushaltseinkommen erzielt. Lediglich eheliche Unterhaltspflichten in Höhe des Grundfreibetrags sind steuerlich weiter zu berücksichtigen. Für ältere Ehepaare ist eine Übergangsregelung vorzusehen. In Verbindung mit der allgemeinen Steuerreform treten nur für Ehepaare mit sehr hohen und ungleich verteilten Einkommen Mehrbelastungen auf. Die Mehreinnahmen sind zur Förderung von Kindertageseinrichtungen zu nutzen.

Die Steuergesetze müssen so gestaltet werden, dass insbesondere große und international tätige Unternehmen möglichst wenig Möglichkeiten zur Steuervermeidung und Steuerhinterziehung haben. Betriebsprüfungen sind zu verstärken. Durch die vollständige und realistische Erfassung sowie die angemessene Besteuerung aller erzielten Gewinne und Vermögenszuwächse muss das Aufkommen der Unternehmenssteuern wieder mindestens auf das Niveau des Jahres 2000 gebracht werden. Es wäre dann um etwa 20 Milliarden Euro größer als das im Jahre 2003. Dabei müssen vor allem den Kommu-

⁷ Dieser Absatz findet sich im *Gründungsprogramm* nicht.

nen erheblich höhere und stabilere Einnahmen gesichert werden. Auf europäischer Ebene fordern wir eine Angleichung der Regelungen zur Gewinnermittlung und Mindeststeuersätze, die nicht unterschritten werden dürfen.

Die Vermögensteuer muss wieder eingeführt und die Erbschaftsteuer reformiert werden. Dabei sind alle Vermögen realistisch zu bewerten. Durch Freibeträge ist dafür zu sorgen, dass normales selbst genutztes Wohneigentum oder Mittel zur Altersvorsorge nicht betroffen sind. Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität sowie Steueroasen müssen verstärkt bekämpft werden. Insgesamt können durch unsere Reformvorschläge in der Summe Mehreinnahmen von über 80 Milliarden Euro jährlich erzielt werden.

9. Zusätzliche Arbeit schaffende Maßnahmen im Einkommens- und Verteilungsbereich

Die Stärkung der Massenkaufkraft durch eine fiskalpolitische Umverteilung von oben nach unten ist aber nicht die einzige Strategie, mit der wir die Massenarbeitslosigkeit abschaffen wollen. Als flankierende, Arbeit schaffende wirtschaftspolitische sowie arbeits- und sozialrechtliche Maßnahmen (von denen viele in den nachfolgenden Kapitel näher erläutert werden) setzen wir uns ein für

- die staatliche Unterstützung der Gewerkschaften bei der Durchsetzung von realen, also inflationsbereinigten Lohnerhöhungen, die dem Produktivitätsfortschritt entsprechen, etwa durch Übernahme einer Vorreiterrolle öffentlicher Arbeitgeber;
- die gesetzliche Fixierung der 40-Stunden-Woche als Höchstarbeitszeit und die Unterstützung der Gewerkschaften bei der tariflichen Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich;
- eine Ausbildungsplatzabgabe für nicht ausbildende Betriebe;
- die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben mittels eines Rechtsanspruches auf sozial abgesicherte Teilzeitarbeit, flankiert durch die staatliche Garantie eines Ganztagsplatzes für alle Kinder und Jugendlichen in Kindertagesstätten und Schulen;
- die Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch einen gesetzlichen Mindestlohn, eine gesetzliche Mindestrente und ein garantiertes einkommensabhängiges Grundeinkommen (anstelle der derzeitigen Sozialhilfe bzw. des Arbeitslosengeldes II und ein Drittel höher als diese);
- die Entlastung des unteren Drittels der Lohneinkommen von Sozialbeiträgen durch Einbeziehung aller Erwerbstätigen und aller Einkommen ohne Beschränkung (also ohne Versicherungspflichtgrenze und ohne Beitragsbemessungsgrenze⁸) in die Finanzierung einer allgemeinen sozialen Bürgerversicherung (Kranken-, Renten-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung), also für eine analoge Stärkung der Nettolöhne im unteren Einkommensdrittel und damit der Massenkaufkraft und Nachfrage, des Absatzes, der Produktion und der Beschäftigung.

⁸ Die Forderung nach Abschaffung einer Beitragsbemessungsgrenze (vgl. Fußnote 7) geht über das *Gründungsprogramm* hinaus, das nur eine deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze fordert.

10. Stabilitätsanker soziale Sicherung

Der Ausbau des Sozialstaates ist in zweierlei Hinsicht Beschäftigung schaffend: Er stärkt die Kaufkraft unterer Einkommenschichten mit höchster Konsumquote (und setzt so sehr wirksam die Wirkungskette *mehr Nachfrage, mehr Absatz, mehr Produktion und mehr Beschäftigung* in Gang), und er verschafft sozialen Dienstleistern direkt Arbeit. Wir betonen darüber hinaus, dass ein starkes, stabiles und im Maße des Produktivitätsfortschritts mitwachsendes soziales Sicherungssystem ein erstklassiger konjunktureller Stabilitätsanker ist. Die Wirtschaftsentwicklung in kapitalistischen Marktwirtschaften verläuft in der Regel zyklisch, das heißt, es treten immer wieder krisenhafte Rezessionen auf. Neoliberale prozyklische („Brüningsche“) Sparpolitik und neoliberale Deregulierung und Flexibilisierung verstärken ganz massiv die Anfälligkeit für zyklische Überreaktionen (Aufschaukelungsprozesse bis hin zu Börsen-Hysterien etc.). Ein regelmäßiger und langfristig tendenziell wachsender Sozialtransfer stabilisiert dagegen die Massenkaukraft und damit die gesamte wirtschaftliche Entwicklung.

Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen einer Stärkung der Massenkaukraft und demnach der Nachfrageseite unserer Volkswirtschaft geben wir zu verstehen, dass für uns die Massenarbeitslosigkeit Folge einer lang anhaltenden Konjunkturschwäche ist und mit strukturellen Veränderungen oder gar Verwerfungen wenig bis nichts zu tun hat (Vergreisung unserer Gesellschaft, Wachstum der Staatsquote, Globalisierung, vermeintliche allgemeine Konsumsättigung etc.).

11. Schreckgespenst Globalisierung

Wir betonen nochmals, dass die so genannte Globalisierung des Wirtschaftsprozesses keinerlei Anlass gibt, in Deutschland soziale Errungenschaften zur Disposition zu stellen. Im Gegenteil, weil Deutschland als langjähriger Exportweltmeister in der Summe Profiteur dieser Entwicklung ist, kann und sollte eher mit dem Ausbau des Sozialstaates reagiert werden.

Gleichwohl ist die bundesdeutsche Ökonomie wie kaum eine andere hoch entwickelte Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung eingebunden. Die deutsche Exportquote am Sozialprodukt ist exorbitant hoch. Weil Deutschland ein rohstoffarmes Land ist und weil eine ökosozial vernünftig regulierte internationale Arbeitsteilung in der Tat Wohlstandsgewinne für alle Beteiligten bringen *kann*, ist gegen eine Vertiefung der internationalen wirtschaftlichen Verflechtung grundsätzlich nichts einzuwenden.

Wir wenden uns jedoch gegen die Instrumentalisierung der ökonomischen Globalisierung, um weitere Lohnsenkungen und Profitsteigerungen durchzusetzen. Die Globalisierung ist ein Faktum. Der weltweite Handel mit Produkten, Dienstleistungen und vor allem Kapital und Devisen wächst sehr viel schneller als das Sozialprodukt in den einzelnen Volkswirtschaften. Aber eine genauere Analyse dieses Prozesses offenbart, dass die internationalen Direktinvestitionen (die übrigens weit überwiegend in Form von Firmenaufkäufen oder –beteiligungen getätigt werden und nicht in Form des Aufbaus komplett neuer Produktionsanlagen) in einer Größenordnung von über 80 Prozent zwischen den hoch entwickelten Industriestaaten erfolgen und eben nicht oder kaum zwischen diesen und so genannten Billiglohnländern – oder gar der so genannten Dritten Welt, die in den letzten Jahren sogar massiv vom internationalen Wirtschaftsverkehr abgekoppelt worden ist.

Die Motive für Direktinvestitionen in anderen Ländern sind vielfältiger Natur. Es geht um Markterschließung vor Ort, Vermeidung von Transportkosten, Umgehung von Zollschränken und Unternehmenssteuern oder um die Vermeidung von Devisenkursrisiken. Lohnkosten spielen bei Unternehmensverlagerungen selbstverständlich auch eine

Rolle – aber in dem Maße immer weniger, wie speziell in hochtechnologischen Produktionsbetrieben (Automobil- oder Maschinenbau, Computer- und Mikroelektronikherstellung etc.) die Lohnkosten gemessen an den gesamten Produktionskosten relativ immer mehr an Gewicht verlieren. Beispielsweise machen in der Handy-Produktion die Lohnkosten auf Grund des sehr hohen Technisierungs- und Automatisierungsgrades nur noch etwa sieben Prozent der gesamten Produktionskosten aus.

Wichtig sind zudem nicht die absoluten Bruttostundenlöhne, sondern wichtig ist allein die Entwicklung der *Lohnstückkosten*, die in der Bundesrepublik auf Grund hoher Produktivitätszuwächse seit langen Jahren sehr viel günstiger verläuft als in fast allen hoch industrialisierten Konkurrenzländern – nicht umsonst ist Deutschland unangefochtener Exportweltmeister. Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Qualität eines internationalen Standortes zählen nicht nur die absoluten Bruttolöhne, sondern es zählen Faktoren wie: Ausbildungsstand, Qualifikation und Motivation der Arbeitskräfte, Anzahl von streik- und krankheitsbedingten Fehltagen, Qualität der Forschungs-, Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur und der staatlichen Verwaltung, Größe des Absatzmarktes, Qualität der Umwelt und des kulturellen Angebots, sozialer Friede durch hohe soziale Absicherung, politische Stabilität etc.

Die viel zitierte Globalisierung ist, wie gesagt, zu einem gewissen Grad ein nicht zu leugnendes Faktum. Sie wird aber genau von jenen politischen und sozialen Kräften (Parteien, Wirtschaft, Medien, Mainstream-Wirtschaftswissenschaft) aufgebauscht und instrumentalisiert, die auch für die Durchsetzung der Herrschaft der neoliberalen Ideologie insgesamt verantwortlich zeichnen. Keine Lohn- oder Sozialleistungskürzung erfolgt ohne Verweis dieser interessierten Kräfte auf die vermeintlich omnipotente Globalisierung, auf die vermeintliche Notwendigkeit der „Wiedererlangung“ der internationalen Wettbewerbsfähigkeit – im Lande des langjährigen Exportweltmeisters!

Selbst sonst sehr nüchtern kalkulierende Manager und Unternehmen sind in den 1990er Jahren gelegentlich einer gewissen Globalisierungshysterie verfallen. Viele dem Zeitgeist geschuldete internationale Engagements und Firmenfusionen erwiesen sich schnell als Verlustgeschäfte. Rückverlagerungen von Produktionsstätten oder finanzielle Desengagements sind seitdem vermehrt zu beobachten.

Wir bestreiten, dass der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik auf Grund der wirtschaftlichen Globalisierung oder der Europäischen Integration die Hände gebunden sind. Kein internationales oder europäisches Vertragswerk schreibt Deutschland vor, etwa den Spitzensteuersatz nur senken und nicht auch erhöhen zu dürfen. Nichts hindert Deutschland daran, eine gesetzliche Mindestrente einzuführen oder etwa einen gesetzlichen Mindestlohn – wie in vielen europäischen Ländern schon der Fall. Selbst die Forderungen des Europäischen Stabilitätspakts können auf hochgradig sozial- und konjunkturverträgliche Weise erfüllt werden – wenn etwa staatliche Haushaltsdefizite durch Steuererhöhungen für das obere Einkommensdrittel ausgeglichen werden statt mit Ausgabenkürzungen im sozialen Bereich.

Deutschland ist in europäischer, ja selbst in internationaler, globaler Perspektive eine ökonomische Großmacht. Deutschland könnte diese Macht auf der europäischen und internationalen Bühne (Weltbank, Internationaler Währungsfonds, WTO etc.) nicht nur wie bisher im Sinne der Durchsetzung einer neoliberal-angebotsorientierten Weltwirtschaftspolitik einsetzen, sondern auch als Vorreiter zugunsten einer ebenso sozial gerechten wie wachstumsförderlichen Nachfragepolitik. Selbst ein wirtschaftspolitischer Alleingang Deutschlands ohne Nachahmer ist ohne Gefahr machbar – wenn nur der politische Wille dazu da ist. Dies wollen wir im Folgenden aufzeigen.

12. Mythos Kapitalflucht

Die Gefahr einer Kapitalflucht im Falle des Versuchs, unsere wirtschaftspolitischen Vorstellungen zu verwirklichen, betrachten wir als sehr gering. Die Verteilungsspielräume sind in Deutschland zunächst sehr hoch: Deutschland rangiert im internationalen Vergleich bei wichtigen Standortfaktoren (Entwicklung der Lohnstückkosten, Steuerbelastung, Streiktage, Krankenstände etc.) im unteren Drittel bis Fünftel. Einen Standort, der es der deutschen Wirtschaft ermöglicht hat, Exportweltmeister zu werden, gibt man vernünftigerweise nicht so schnell auf. Zudem würde die Verwirklichung unseres Wirtschaftsprogramms einen massiven Nachfrage- und Auftragsschub bedeuten, vor dem vernünftige Unternehmer kaum davonlaufen werden. Die Realisierung unseres Programms würde vor allem auch im unteren Drittel der Lohnhierarchie die Bruttolöhne in erheblichem Maße von Sozialabgaben entlasten und damit ein zusätzliches Nachfragepotenzial, steigenden Absatz, steigende Produktion, mehr Beschäftigung und insgesamt also mehr Möglichkeiten schaffen, wirtschaftliche Gewinne zu realisieren. Die anvisierte Kapitaltransfersteuer (Tobin-Steuer) würde spekulative und Steuermeidende Kapitalflüsse grundsätzlich erschweren. Und schließlich könnte eine europaweit (und perspektivisch weltweit) abgestimmte konsequente Durchsetzung des Lokalitätsprinzips bei der Besteuerung sowie eine Meldepflicht der Banken bei illegalen, weil nicht versteuerten Kapitaltransfers die Gefahr einer Kapitalflucht in volkswirtschaftlich relevanten Größenordnungen weiter reduzieren.

13. Vernünftige Wirtschaftspolitik als vernünftige Außenwirtschaftspolitik

Eine vernünftige Außenwirtschaftspolitik wäre vor diesem Hintergrund identisch mit einer allgemein vernünftigen Wirtschaftspolitik auf nationaler (und perspektivisch europäischer) Ebene. Unsere grundsätzlich nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik muss aber auf jeden Fall durch eine *wohlverstandene* Angebotspolitik ergänzt werden. Darunter verstehen wir den kontinuierlichen Versuch einer Stärkung der wahren Basis unseres wirtschaftlichen Erfolges: des Humankapitals. Es gibt keinen besseren Weg, langfristig unsere Wirtschaftskraft und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, als Investitionen in Kindergärten, Schulen, Ausbildungszentren, Universitäten und andere Forschungsinstitutionen, als den effizienten Ausbau der staatlichen Verkehrs- und Informationsinfrastruktur und auch der Förderung „weicher“ Standortfaktoren (lebenswerte natürliche Umwelt, Kulturangebot, Zufriedenheit der Menschen durch soziale Sicherheit etc.).

B: Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Ordnungspolitik

Der permanente Produktivitätsfortschritt kann, wie schon gesagt, grundsätzlich verwandelt werden in steigenden materiellen Wohlstand oder in eine schrittweise Reduktion der Arbeitszeit oder in eine Kombination von beidem. Eine vernünftige Einkommensverteilung wie eine vernünftige Verteilung des tendenziell abnehmenden gesellschaftlichen Arbeitsvolumens sind hierzu aber die Voraussetzung. Wir empfinden es als politischen Skandal, dass diese überaus positiv zu bewertenden Entwicklungsmöglichkeiten, die aus dem Produktivitätsfortschritt resultieren, durch die neoliberale Politik – statt in steigenden materiellen wie Zeitwohlstand für alle – in einen exorbitanten Anstieg des Reichtums für Wenige und in wachsende Armut und Arbeitslosigkeit für Viele verwandelt werden.

Dieser Skandal wendet sich geradezu ins Absurde, wenn auf den Produktivitätsfortschritt, wie seit geraumer Zeit schon der Fall, mit einer Politik der Arbeitszeitverlängerung geantwortet wird. Ein weiterer Anstieg der Massenarbeitslosigkeit ist die logisch zwingende Folge einer solchen Politik.

In diesem Kapitel stellen wir zusätzliche arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Maßnahmen dar, die nicht nur unser generelles Ziel relativer Vollbeschäftigung flankieren, sondern zudem zu einer an sozialen und humanen Werten und Zielen orientierten Form der Vollbeschäftigung beitragen sollen.

14. Öffentliche Beschäftigung ausbauen und aktive Arbeitsmarktpolitik stärken, Stopp und Rückgängigmachung aller Privatisierungen⁹

Wir wollen mit den staatlichen Mehreinnahmen, die aus unseren fiskalpolitischen Maßnahmen resultieren (vgl. Kapitel 8), unter anderem ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm von 40 Mrd. € pro Jahr finanzieren (zusätzlich zu den laufenden öffentlichen Haushalten), das in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Grundlagenforschung, sozialer und kultureller Angebote (Bücherhallen, Schwimmbäder, Stadtteil-, Senioren- und Jugendzentren etc.) sowie im Bereich des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft (Förderung regenerativer Energien, Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel etc.) zu mehr Beschäftigung beitragen soll.

Die Arbeitslosigkeit wird aber nicht allein durch mehr Beschäftigung im privaten Sektor abgebaut werden können. Zusätzlich zu öffentlichen Aufträgen an die private Wirtschaft, die dort neben der Beschäftigung insbesondere den Übergang zu ökologisch tragfähigen Produktionsmethoden fördern sollen, ist auch die direkte Ausweitung öffentlich getragener und geförderter Beschäftigung erforderlich.

Neben gesellschaftlich sinnvollen Arbeitsplätzen sichern öffentliche Dienstleistungen allen Menschen einen erschwinglichen Zugang zu wichtigen Grundgütern, z. B. im Bereich der Wasserversorgung, der öffentlichen Verkehrsbetriebe, des Gesundheits- und Bildungswesens. Auch die Bereitstellung und der Unterhalt kultureller und sozialer Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sowie für Ältere oder die Förderung des Sports sind öffentliche Dienstleistungen. Schließlich umfassen öffentliche Dienstleistungen den genuin staatlichen Bereich, etwa die Institutionen der inneren Sicherheit (Justiz und

⁹ Bis auf den ersten und die beiden letzten Absätze stammt dieses Kapitel wörtlich aus dem *Gründungsprogramm*.

Polizei) oder der Interaktion zwischen Staat und Bürger (Ortsämter, Finanzamt, Grundbuchamt usw.).

Das Personal der öffentlichen Verwaltung und öffentlich getragener Dienstleistungsunternehmen ist seit 1991 in Gesamtdeutschland so stark abgebaut worden, dass in diesem Bereich mittlerweile weniger Menschen arbeiten als zuvor in der alten Bundesrepublik allein. Dies hat auf der einen Seite unmittelbar zum Anstieg der Arbeitslosigkeit beigetragen und auf der anderen Seite den Umfang und die Qualität öffentlicher Dienstleistungen spürbar vermindert und verschlechtert.

Die WASG setzt sich dafür ein, dass die regulären Stellen im öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssystem, im Kulturbereich sowie in Justiz und Polizei wieder bedarfsgerecht aufgestockt werden. Wir setzen uns für eine deutlich verbesserte Kinderbetreuung in Krippen, Kindergärten und Ganztagschulen ein, die es mehr Menschen ermöglicht, Beruf und Familie zu vereinen. Die deutsche Schulausbildung muss deutlich verbessert, Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung müssen stärker gefördert werden. Das Angebot von aufeinander abgestimmten Ausbildungs- und Fortbildungsmodulen sowie betrieblicher Praktika muss ausgeweitet werden, um insbesondere jüngeren Arbeitslosen den Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu ebnen. Die Zustände in Alten- und Pflegeheimen sind oftmals bestürzend und müssen dringend verbessert werden. Wir streben ein verbessertes Angebot im Bereich Kunst, Kultur und Museen an und werden uns für die Förderung des Breitensports stark machen. Staatliche Behörden müssen effizienter und kundenfreundlicher werden.

Zur Deckung des für diese öffentlichen Dienstleistungen benötigten Personalbedarfs müssen mindestens eine Million tariflich bezahlte Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Neben der Ausweitung der Beschäftigung in Einrichtungen der öffentlichen Hand wir auch eine verstärkte staatliche Unterstützung von Beschäftigungsmöglichkeiten in unabhängigen, nicht profitorientierten Initiativen an. Vereine, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, soziale und kulturelle Vereinigungen verfügen über eine Nähe zu ihrer Klientel, die im klassischen öffentlichen Dienst oft nicht zu erreichen ist. Derzeit ist die Förderung freier Träger und soziokultureller Projekte aus kommunalen Haushaltsmitteln völlig unzureichend, ja wird immer weiter verringert. Wir möchten diesen Bereich sozialer, kultureller und ökologischer Dienstleistungen und Angebote mit Hilfe projektorientierter Förderung wesentlich ausbauen.

Der Schwerpunkt der neu zu schaffenden Arbeitsplätze in diesem Bereich sollte denjenigen zugute kommen, deren Chancen auf dem Ersten Arbeitsmarkt besonders gering sind. Dies sind nicht nur gering qualifizierte, sondern vor allem ältere Arbeitslose. Im Rahmen eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors muss gerade für Ältere die Möglichkeit geschaffen werden, Beschäftigung bis zur Verrentung zu finden.

Die Weiterentwicklung von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, die eine Brückenfunktion in den ersten Arbeitsmarkt erfüllen, ist allerdings nur dann realistisch, wenn tatsächlich auf dem ersten Arbeitsmarkt, und zwar vor allem in den von starken Strukturbrüchen betroffenen Regionen der Neuen und Alten Bundesländer, neue Arbeitsplätze in erheblicher Zahl entstehen. Die von uns geforderten Strategieelemente bedingen einander. Ohne vermehrte öffentliche Investitionen und eine Stärkung der Massenkaufkraft kann aktive Arbeitsmarktpolitik auch in Zukunft nur das Elend der Massenarbeitslosigkeit verwalten.

Unsere Forderung, den Sektor öffentlicher Beschäftigung und öffentlicher sozialer Angebot zu stärken, impliziert logisch die weitere Forderung, alle Privatisierungen öffentlichen Eigentums sofort zu stoppen und rückgängig zu machen.

Mit dem Ausbau des öffentlichen Sektors stehen wir für eine massive Ausweitung des *ersten* Arbeitsmarktes. In dem Maße, wie dies gelingt, werden wir auf den so genannten zweiten Arbeitsmarkt (ABM-Stellen etc.) nicht mehr angewiesen sein.

15. Ostdeutschland und andere strukturschwache Regionen entwickeln¹⁰

Die Durchsetzung unseres Wirtschaftsprogramm würde – insbesondere durch die Einführung von Mindestlöhnen, höheren Sozialhilfesätzen oder einer gesetzlichen Mindestrente – auch und für allem für die Neuen Bundesländer einen ungeheuren Nachfrage- und Beschäftigungsschub bedeuten. Spezielle, historisch bedingte und neu gewachsene Strukturprobleme in den Neuen Bundesländern erfordern jedoch darüber hinaus gehende Maßnahmen.

Wir halten fest an dem im Grundgesetz formulierten Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen. Ostdeutschland leidet bis heute an den Strukturbrüchen einer verfehlten Vereinigungspolitik. In allen relevanten wirtschaftlichen und sozialen Strukturdaten – beispielsweise Arbeitslosigkeit, Beschäftigung, Produktivität, öffentliche Finanzen, Industriestruktur – fallen die neuen Länder weit hinter das westdeutsche Niveau zurück. Der Aufbau Ost bleibt eine dringende und noch längst nicht gelöste Aufgabe.

Auch das von der WASG geforderte öffentliche Investitionsprogramm für Arbeit, Bildung und Umwelt wird – neben der schon genannten Einführung gesetzlicher Mindestlöhne oder etwa einer Mindestrente – die Nachfrage beleben und gerade auch in strukturschwachen Regionen die Entwicklung fördern. Es ist für den weiteren Aufbau Ost eine notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung. Spezifische Defizite in Ostdeutschland, etwa in der Infrastruktur, müssen durch gezielte Förderprogramme abgebaut werden. Darin muss ein besonderer Schwerpunkt des Investitionsprogramms liegen.

Der Aufbau der Infrastruktur dient sowohl der direkten Verbesserung der Standortbedingungen der Industrie als auch einer verbesserten sozialen und kulturellen Versorgung der Bevölkerung. Es geht dabei nicht um einzelne Prestigeobjekte, sondern um eine vor allem kommunal sichergestellte Versorgung in der Fläche, die ökologischen Kriterien genügen muss.

Eine weitere Förderung und Unterstützung der industriellen Entwicklung in Ostdeutschland und anderen strukturschwachen Regionen ist notwendig. Sie soll an konkreten Schwachpunkten der Industrie ansetzen und insbesondere Unternehmenskooperationen, Forschung und Entwicklung, Marktzugänge, Arbeitsorganisation, Qualifizierungsprogramme und Produktinnovationen fördern. Dabei sind diese Programme so zu gestalten, dass Mitnahmeeffekte möglichst gering gehalten werden. Ziel ist die Entwicklung tragfähiger regionaler Wirtschaftsverbände und -kreisläufe. Gemeinden, Länder, Bund und EU sowie die Bundesagentur für Arbeit müssen hierbei zusammenwirken und ihre Aktivitäten koordinieren.

Die Strukturschwäche der Wirtschaft in den Neuen Bundesländern ist wesentlich auf eine falsche Politik der verantwortlichen Regierungen und der Treuhand zurückzuführen. Anstatt die Betriebe mit den vorhandenen Fachkräften zu modernisieren und wettbewerbsfähig zu machen, wurde der größte Teil der Betriebe von den neuen Besitzern

¹⁰ Dieses Kapitel stammt bis auf den ersten Absatz und leichte formale Überarbeitungen wörtlich aus dem *Gründungsprogramm*.

geschlossen. Die Folge ist, dass es in den Neuen Bundesländern vor allem an Betrieben des verarbeitenden Gewerbes, dem Hauptgerüst jeder Wirtschaft, mangelt. Dieser Fehler kann nur mit erheblichem Aufwand korrigiert werden. Er ist aber zwingend erforderlich.

Eine zielgerichtete Förderung der Neuen Länder und strukturschwacher Regionen muss in ein Gesamtkonzept qualitativen Wachstums eingebunden sein. Nur so kann eine zukunftsfähige Entwicklung erreicht werden. Eine Strategie fortgesetzten Lohndumpings und der Unterbietung von Sozial- und Umweltstandards wird dagegen die Entwicklung Ostdeutschlands zu einer Armutsregion ohne Zukunft verfestigen.

16. Arbeitszeitverkürzung und Teilzeitarbeit statt Arbeitszeitverlängerung¹¹

Wir benötigen dringend eine vernünftige Politik der Umwandlung des Produktivitätsfortschritts in steigenden materiellen Wohlstand für alle und Arbeitszeitverkürzungen für alle Erwerbstätigen in all ihren Formen. Wir treten für die 40-Stunden-Woche als gesetzliche Höchstarbeitszeit ein und unterstützen die Gewerkschaften in ihrer Forderung nach der Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Mittelfristig ist die 30-Stunden-Arbeitswoche anzustreben.

Wir fordern jedoch nicht nur eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung im Maße des (nicht schon durch Steigerungen der realen Masseneinkommen verteilten) Produktivitätsfortschritts. Auch die vorhandene Arbeit sollte ganz unabhängig vom Produktivitätsfortschritt möglichst auf alle Erwerbstätigen verteilt werden. Wir treten deswegen für einen Rechtsanspruch auf selbst bestimmte, sozial abgesicherte Teilzeitarbeit ein.

Bei der Verteilung von Arbeit und Freizeit setzen wir uns für differenzierte Lösungen ein. Arbeitsbedingungen und Lebensweisen unterscheiden sich ganz erheblich und mit ihnen die Bedürfnisse hinsichtlich Arbeit und Freizeit. Für Beschäftigte in besonders belastenden Berufen (mit z.B. Schicht- und Nachtarbeit) ist die Möglichkeit vorzeitigen Ruhestandes ohne Rentenschmälerung zu eröffnen, spätestens ab dem 60. Lebensjahr. Andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden zusätzliche freie Tage oder Blockfreizeiten (Sabbaticals etc.) bevorzugen, sei es zum Ausgleich für besonders belastende Arbeiten, sei es nach Abschluss von Projekten und längerfristigen Arbeitseinsätzen.

Sozial wünschenswerte Formen einer Arbeitszeitverkürzung wären etwa regelmäßige Arbeitsfreistellungen zum Zwecke der Weiterbildung, Elternfreizeiten oder Beurlaubungen zur Pflege erkrankter oder pflegebedürftiger Angehöriger. Soweit Freistellungen oder Arbeitszeitreduzierungen aus diesen oder ähnlichen gesellschaftlich anerkannten Gründen in Anspruch genommen werden, müssen solche Zeiten rentenrechtlich als reguläre Arbeitszeiten anerkannt werden. Die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung darf nicht durch Rentenminderung bestraft werden. Die Finanzierung von Berufsfreizeiten aus familiären Gründen ist so zu gestalten und teilweise davon abhängig zu machen, dass auch Männer sich daran beteiligen.

Insgesamt müssen in der Gestaltung von Arbeit und Freizeit die Bedürfnisse der Menschen wieder Vorrang bekommen. Dazu gehören auch die Wahrung gesellschaftlicher Zeitrhythmen und die Erhaltung von Ruhezeiten gemeinsamer Freizeit wie etwa

¹¹ Die letzten drei Absätze dieses Kapitels stammen wörtlich aus dem *Gründungsprogramm*.

am Wochenende und an Feiertagen. Wir wollen dies auch durch ein weiterhin bundesweit geltendes Ladenschlussgesetz absichern.

17. Kündigungsschutz ist unverzichtbar, Abbau von Überstunden

Wir wollen alle geplanten oder schon durchgeführten Maßnahmen, die den gesetzlichen Kündigungsschutz einschränken, vollständig zurücknehmen. Die Lockerung des Bestandsschutzes von Arbeitsverhältnissen hat nachweisbar nicht zu mehr Neueinstellungen, sondern zu mehr Entlassungen geführt. Wir lehnen jede Möglichkeit einer einmaligen oder gar Mehrfachverlängerung von befristeten Arbeitsverhältnissen ab. Vor allem muss die unbeschränkte Zulässigkeit befristeter Arbeitsverträge ab dem 52. Lebensjahr wieder abgeschafft werden. Wir wollen zudem die Anzahl von Überstunden stark begrenzen und treten für entsprechende tarifliche oder gesetzliche Regelungen ein.

18. Tarifautonomie, Flächentarif statt Lohndumping, einheitliches Arbeitsgesetzbuch

Wir unterstützen die Gewerkschaften bei ihrem Kampf, das System der Flächentarifverträge zu erhalten bzw. wiederherzustellen, um Lohndumping, also das Niederkonkurrieren der Löhne zwischen den Betrieben, Branchen und Regionen zu verhindern. Das deutsche Arbeitsrecht ist größtenteils Tarifrecht. Es hätte insofern arbeitsrechtlich verheerende Folgen, wenn das flächendeckende Tarifrecht mehr und mehr Regelungen auf Betriebsebene weichen würde. Die Flächentarifverträge müssen bleiben. Um erreichte soziale und arbeitsrechtliche Standards zu schützen, wollen wir zudem das bis heute weitgehend nicht kodifizierte Arbeitsrecht in einem einheitlichen Arbeitsgesetzbuch zusammenfassen.

Wir wollen die Tarifautonomie und die Streikfähigkeit der Gewerkschaften stärken bis hin zur rechtlichen Ermöglichung eines politischen bzw. Generalstreiks – wie in vielen europäischen Ländern üblich. Die im Jahr 1985 durchgesetzte Streichung des Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung bei Streiks „kalt“ ausgesperrter Beschäftigter (§ 146 Sozialgesetzbuch III bzw. § 116 des ehemaligen Arbeitsförderungsgesetzes) muss zurückgenommen werden. Die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen muss erleichtert werden, auch ohne Zustimmung der Arbeitgeberseite. Zudem sind gesetzliche Regelungen zur Absicherung von Arbeitszeitkonten notwendig, insbesondere für den Insolvenzfall.¹²

Wir treten ein für eine stärkere Kontrolle der Einhaltung des Arbeitsrechtes in den Betrieben durch staatliche Arbeitsinspektoren und Betriebsräte. Der rechtliche Schutz der Arbeitnehmer gegen Übergriffe durch Arbeitgeber ist zu verbessern. Soziale und arbeitsrechtliche Mindeststandards müssen dringend auch international verwirklicht werden, etwa durch entsprechende Klauseln im Rahmen der WTO (World Trade Organisation). Ihre Einhaltung ist scharf zu kontrollieren, beispielsweise durch Vertreter der ILO (International Labour Organisation).

¹² Dieser Absatz stammt (fast) wörtlich aus dem *Gründungsprogramm*.

19. Existenzsichernder Mindestlohn statt Niedriglohnsektor¹³

Wir lehnen einen Niedriglohnsektor ab. Wir wollen keine Armut trotz Vollzeitbeschäftigung (working poor). Dies ist unsozial und volkswirtschaftlich kontraproduktiv (Nachfrageausfall). Deswegen treten wir für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes ein, der brutto bei 9 € pro Stunde bzw. bei 1500 € pro Monat liegen sollte. Ein Beschäftigungssektor sehr geringer Bezahlung existiert schon seit Jahrzehnten (Leiharbeit, Jobs auf so genannter 400-€-Basis etc.). Noch heute (2005) gibt es über 50 Tariflohngruppen, in denen weniger als 6 € pro Stunde gezahlt wird. Die Existenz dieses Niedriglohnsektors hat in keiner Weise die Herausbildung der Massenarbeitslosigkeit verhindert.

Der Mindestlohn muss regelmäßig entsprechend der Entwicklung der Preise und der Einkommen erhöht werden. An der Festsetzung und der Kontrolle der Einhaltung des Mindestlohns sind die Gewerkschaften zu beteiligen. Der gesetzliche Mindestlohn bildet nur die absolute Untergrenze. In Wirtschaftsbereichen, in denen die niedrigsten tariflichen Lohngruppen oberhalb dieses Mindestlohns liegen, sind diese Tarifverträge auf Antrag einer Tarifvertragspartei für allgemeinverbindlich zu erklären.

Ein Entsendegesetz muss für alle Branchen vorschreiben, dass bei Einsatz auswärtiger Arbeitskräfte die am Arbeitsort üblichen Tarifverträge und arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen angewendet werden. Ein Tarifreuegesetz muss festsetzen, dass öffentliche Ausschreibungen nur an Unternehmen vergeben werden, die die Tarifverträge einhalten.

Erwerbsarbeit ist zunehmend durch einen Wechsel zwischen verschiedenen Beschäftigungsverhältnissen und -formen geprägt. Neben unbefristeter Vollzeitbeschäftigung sind auch Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung, Phasen der Weiterbildung und begrenzte Auszeiten arbeits- und sozialrechtlich abzusichern. Hierbei sind die normalen Arbeitsbedingungen und Entgelte durchzusetzen. Alle Erwerbsarbeitsverhältnisse, auch in Formen von Selbstständigkeit, sind vollständig in die sozialen Sicherungssysteme einzubeziehen.

20. Ausbildungsplatzabgabe und Bildungssteuer

Wir wollen eine Ausbildungsplatzabgabe für alle Betriebe, die nicht ausbilden, und die Verwendung dieser Mittel zur Finanzierung öffentlicher Zentren beruflicher Ausbildung. Alternativ oder ergänzend könnte eine allgemeine Bildungssteuer eingeführt werden, die von allen Arbeitgebern bezahlt werden muss als teilweiser Ausgleich für die Nutzung von Humankapital, dessen Ausbildung (in Schulen und Universitäten) aus öffentlichen Geldern bezahlt wurde.

21. Demographische Abgabe

Wir wollen zudem eine demographische Abgabe für Betriebe (über zum Beispiel zehn Angestellte), in denen die Alterstruktur der Beschäftigten wesentlich (beispielsweise mehr als 15 Prozent) von der Altersstruktur der Erwerbsfähigen (von 15 bis 65 Jahre) abweicht. Die Abschiebung älterer Menschen, zum Teil schon jener, die älter als 40 Jahre sind, in Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe und schließlich Altersarmut ist sozial unverant-

¹³ Die letzten drei Absätze dieses Kapitels stammen wörtlich aus dem *Gründungsprogramm*.

wortlich und volkswirtschaftlich verschwenderisch. Humankapital in ungeheurem Ausmaß wird auf diesem Wege entwertet. Qualifikationen und wertvolle Berufserfahrungen liegen brach, statt sie volkswirtschaftlich sinnvoll zu nutzen und Menschen, die mit 45 Jahren eigentlich noch mitten im Leben stehen, die Chance einer würdevollen Selbstverwirklichung auch im Berufsleben zu belassen.

22. Mitbestimmung und Wirtschaftspluralismus

Wir treten schließlich für eine Wirtschafts- und Ordnungspolitik ein, die schon in kurz- und mittelfristiger Perspektive vielfältige institutionelle Formen privaten, gesellschaftlichen und öffentlichen Wirtschaftens fördert – von landwirtschaftlichen und Handwerkerkooperativen, Genossenschaften, Stiftungen und öffentlich-rechtlich strukturierten oder wieder zu strukturierenden Betrieben und Versorgungseinrichtungen (Bahn, Post, Fernsehen etc.) bis hin zu Formen einer Gewinn- und Kapitalbeteiligung in privaten mittelgroßen und vor allem „privaten“, tatsächlich aber schon hochgradig gesellschaftlich organisierten Großunternehmen (Aktiengesellschaft etc.). Der Liberalismus ist zum Wirtschaftsliberalismus degeneriert, der sich ausschließlich an Markt und Profit orientiert. Er ist an seine politischen Traditionen zu erinnern – der Wertschätzung einer freien und pluralen Gesellschaft, in deren Rahmen vielfältige individuelle, soziale und kulturelle Lebensformen zum Ausdruck kommen können. Die Ökonomie darf hier keine Ausnahme bilden. Sie muss reformiert werden in Richtung demokratisch legitimer Organisationsformen, die auch ökologischen, sozialen und kulturellen Erfordernissen genügen. Bestehende Mitbestimmungsregelungen sind in dieser Richtung zu erweitern.

C: Ökologischer Umbau der Industriegesellschaft – das Beschäftigungsprogramm par excellence

Steht unsere grundsätzliche Strategie, Vollbeschäftigung nicht nur durch Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsumverteilung zu schaffen, sondern auch durch Stimulation wirtschaftlichen Wachstums mittels massiver Umverteilung der Einkommen von oben nach unten und vor allem auch in Richtung sozialen Konsums, im Widerspruch mit ökologischen Erfordernissen? Wir meinen nicht. Wirtschaftliches Wachstum muss keineswegs automatisch ein Wachstum des Ausstoßes von Schadstoffen oder des Verbrauches von nicht regenerierbaren Rohstoffen oder Energieträgern zur Folge haben. Schon die letzten Jahre haben gezeigt, dass in den entwickelten Industrieländern der Energieverbrauch weit weniger schnell wächst als das Sozialprodukt und in einigen Ländern stagniert oder sogar rückläufig ist, trotz wirtschaftlichen Wachstums insgesamt.

Zu diesen relativen Erfolgen hat selbstverständlich auch einfaches betriebswirtschaftliches Kostendenken beigetragen. Steigen die Preise von Rohstoffen oder Energieträgern auf Grund ihrer Verknappung, ist dies ein Anreiz, sparsamer mit diesen natürlichen Ressourcen umzugehen, sie zu recyceln oder durch regenerierbare zu substituieren.

Wirtschaftliches Wachstum heißt also nicht per se quantitativ-physisches Wachstum. Das zeigt auch die grundsätzliche Entwicklung moderner Industriegesellschaften in Richtung einer Dienstleistungs-, Wissens- und Informationsgesellschaft.

Diese grundsätzlich positiven Entwicklungen der Entkoppelung wirtschaftlichen Wachstums vom Verbrauch natürlicher, nicht regenerierbarer Ressourcen und von der Produktion umweltschädlicher Substanzen wollen wir durch verschiedene umweltpolitische Maßnahmen forcieren.

23. Ökologische Veränderung der staatlichen Nachfragestruktur

In der Diskussion über sinnvolle Mittel und Wege in Richtung einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise kommt ein wichtiger instrumenteller Ansatzpunkt kaum vor: die Möglichkeit wie die Notwendigkeit, den gesamten Staatskonsum und alle öffentlichen Investitionen strengen Kriterien ökologischer Nachhaltigkeit zu unterwerfen. Der Staat könnte und sollte in seinem konsumtiven wie investiven Verhalten Vorbildfunktion haben und eine ökologische Vorreiterrolle spielen. Er nimmt diese Rolle bis heute aber kaum wahr. Die Staatsquote am Sozialprodukt (also nicht die weit höhere Sozialquote, die auch alle sozialen Umverteilungen von Einkommen umfasst) liegt schon heute bei 15-20 Prozent. Sämtliche staatlichen konsumtiven oder investiven Vorhaben sind in Zukunft ökologisch zu begutachten (Erstellung von Umweltbilanzen etc.) und in ökologisch nachhaltiger Weise zu realisieren. Um ein Beispiel zu nennen: Unser Ziel ist die energetische Optimierung aller öffentlichen Gebäude und die Installation von Sonnenkollektoren auf allen ihren Dächern!

24. Ökologische Lenkungssteuern statt Lizenzierung von Umweltverschmutzung oder Mautsystem

Der größte Teil umweltrelevanter ökonomischer Aktivitäten findet jedoch in der freien Wirtschaft statt. Wir wollen die grundsätzliche Freiheit des (auch kollektiven, öffentlichen, genossenschaftlichen, gewinn- und kapitalbeteiligten!) Wirtschaftens selbstverständlich erhalten, weil wir Anhänger einer möglichst freien Gesellschaft insgesamt sind. Wir sind jedoch der Meinung, dass das freie Spiel der Marktkräfte sehr viel kon-

sequenter in Richtung ökosozialer Nachhaltigkeit gelenkt werden muss. Ein wirklich freier Markt tendiert, wie alle Logik und alle Erfahrungen zeigen, zur Externalisierung aller sozialen und ökologischen Kosten zu Lasten der Allgemeinheit.

Zum Zwecke der Umlenkung der marktwirtschaftlich organisierten Nachfrage- und Produktionsprozesse eignen sich ökologische Lenkungssteuern in ganz hervorragender Weise. Ökologisch nachhaltiges Wirtschaften kann generell definiert werden als eine Wirtschaftsweise, die natürliche Ressourcen nur im Rahmen natürlicher Regenerationsfähigkeit nutzt. Unterhalb dieser Toleranzschwelle ist Wirtschaften (zumindest) ökologisch unbedenklich.

Genau diesem Tatbestand kann mit ökologischen Lenkungssteuern weit besser entsprochen werden als etwa mit Ge- oder Verboten. Lenkungssteuern funktionieren nach dem Prinzip des *Mehr oder Weniger*, des *Sowohl als auch*. Ge- oder Verbote jedoch (in der Regel) nach dem Prinzip *Ja oder Nein, verboten oder nicht verboten*. Mit Lenkungssteuern kann ökonomisches Verhalten also sehr flexibel an vorhandene natürliche Toleranzschwellen (samt einzuhaltender großer Sicherheitsmargen) angepasst werden.

Die schrittweise Einführung und Erhöhung ökologischer Lenkungssteuern hat somit den großen Vorteil, dass sie allen Marktsubjekten (Produzenten, Ingenieure, Wissenschaftler wie Verbraucher) Zeit lässt, sich über Produkt- und Prozessinnovationen sowie Verbrauchstrukturveränderungen an die neuen Markt(preis)bedingungen anzupassen.

Ökologische Lenkungssteuern, etwa die Mineralölsteuer, haben zudem den Vorteil, dass sie quasi mit einem Federstrich (Gesetz) eingeführt oder erhöht (verändert) und meist durch vorhandene Behörden (etwa die Finanzämter) verwaltet werden können und keine neuen Bürokratien schaffen.

Wir sind deswegen gegen die Einführung eines vermeintlich marktkonformen Systems so genannter *Umweltzertifikate*, das heißt von an Börsen handelbaren staatlichen Lizenzen, gewisse Umweltbelastungen (etwa einen bestimmten Ausstoß von CO₂) vornehmen zu dürfen. Ein solches Zertifikatsystem erfordert sehr viel organisatorischen und damit finanziellen Aufwand (Einrichtung von Börsen, Herstellung und Zuteilung der Zertifikate, Überwachung der Einhaltung von Obergrenzen der Umweltbelastung entsprechend der Menge der gekauften Zertifikate etc.), und es ermöglicht die Entstehung von „Zertifikatmonopolisten“, also einer weiteren Möglichkeit großer Konzerne, kleine Konkurrenten aus dem Markt zu drängen.

Wer wenden uns zudem gegen das so genannte *Mautsystem*.¹⁴ Es stellt einen nahezu absurd großen technischen und ökonomischen Aufwand dar, automobilen Individualverkehr zu verteuern und damit ökologisch umzulenken – oder auch nur die Staatskassen zu füllen. Der entsprechende technische und ökonomische Aufwand einer ökologisch motivierten und im Idealfall europaweiten Erhöhung der Mineralölsteuer beträgt hingegen nahezu Null. Selbst im Falle einer nur nationalstaatlichen Erhöhung der Mineralölsteuer wäre ein einfaches Vignetten-System nach Schweizer Vorbild sehr viel effizienter und kostengünstiger, um ausländische Lastkraft- und Personenkraftwagenfahrer an der Finanzierung der heimischen Verkehrsinfrastruktur zu beteiligen.

Ökologische Lenkungssteuern sind in ihrem ökonomisch-ökologischen Aufwands- und Ertragsverhältnis nicht nur weit effizienter als die meisten anderen umweltpolitischen Instrumente. Die Besteuerung des Ressourcenverbrauchs ist auch in höchstem Maße gerecht, denn auf die Nutzung der natürlichen Ressourcen haben alle Menschen,

¹⁴ Diese Forderung findet sich weder im *HH-Entwurf* noch im *Gründungsprogramm*.

die heute wie zukünftig lebenden, das selbe Anrecht. Ihre Nutzung zum Zwecke der Gewinnerwirtschaftung kann daher nicht frei sein.¹⁵

In dem Maße, wie unsere wirtschafts-, beschäftigungs- und sozialpolitischen Vorstellungen durchgesetzt werden und damit eine sozial gerechte Primär- und Sekundärverteilung der Einkommen realisiert wird, zählt auch das sozialpolitische Standardargument gegen ökologische Lenkungssteuern nicht mehr, nach dem diese als indirekte Steuern Menschen mit niedrigen Einkommen relativ mehr belasten als solche mit hohen – zumal dann nicht, wenn große Teile des ökosozialen Steueraufkommens zur Mitfinanzierung von Sozialbeitrags- und Einkommenssteuerentlastungen vor allem des unteren Einkommensdrittels herangezogen werden.¹⁶

25. Gebote und Verbote

Ökologische Lenkungssteuern können in vielen Bereichen notwendige Ge- und Verbote nicht ersetzen. Die Produktion bestimmter Stoffe (Plutonium, DDT, FCKW etc. als plakative Beispiele) sowie bestimmte Produktionsprozesse (Erzeugung von Elektrizität durch Atomkraftwerke, Fischfang mit zu engmaschigen Netzen etc.) müssen einfach verboten werden. Hier hilft kein *Mehr oder Weniger*. Hier helfen nur sachgerechte, genau spezifizierte Verbote. Das tatsächliche Verhältnis von ökologischen Lenkungssteuern zu Ge- und Verboten ist also einzelfallorientiert nach Kriterien der ökologischen Zweckdienlichkeit und der ökologischen wie ökonomischen Effizienz auszugestalten und darf keinem Dogmenstreit unterliegen.

26. Technologiefolgenabschätzung, Förderung ökologischer Technikinnovation, ökologische volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, betriebliche Umweltbilanzen

Wir streben die staatliche Unterstützung von Forschungsprojekten im Rahmen der so genannten Technologiefolgenabschätzung sowie die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben bezüglich ökologisch nachhaltiger Produkt- und Prozessinnovationen an. Wir müssen zu einer Strategie des konstruktiven Umweltschutzes übergehen, das heißt, schon in der Konstruktions- und Planungsphase eines neuen Produktes, eines neuen Produktionsprozesses müssen möglichst alle ökologischen Wirkungen und Folgewirkungen von Produkt- oder Prozessinnovation berücksichtigt werden. Der gesamte Lebenszyklus eines Produktes muss Gegenstand (auch) staatlicher Innovationsförderung und entsprechender Forschung und Entwicklung sein.

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ist um eine ökologische Kosten- und Nutzenrechnung zu ergänzen. Vieles, was heute als Wirtschaftswachstum positiv eingeschätzt wird, erweist sich bei näherem Hinsehen als ökologischer wie volkswirtschaftlicher Verlust. Eine regelmäßig publizierte volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, die auch ökologische Gewinne und Verluste bilanziert, wird die bisherigen Maßstäbe ökonomischen Erfolgs relativieren und permanenter Anreiz sein, ökologische Verluste so gering wie möglich zu halten.

¹⁵ Die beiden letzten Sätze stammen aus dem *Gründungsprogramm*.

¹⁶ Die Argumentation in diesem Absatz findet sich weder im *HH-Entwurf* noch im *Gründungsprogramm*.

Wirtschaftseinheiten ab einer bestimmten Größe müssen zu einer regelmäßigen Erstellung betrieblicher Umweltbilanzen bzw. entsprechender Umweltberichte (Öko-Audits) sowie zu deren Veröffentlichung verpflichtet werden.

27. Ökosozialer Umbau des Energiesystems und Ausstieg aus der so genannten friedlichen Nutzung der Atomenergie

Ohne Energie geht nichts. Der Verbrauch bestimmter mineralischer (metallischer etc.) Rohstoffe ist nicht eigentlich das Problem, weil dieser *Verbrauch* letztlich doch nur ein *Gebrauch* ist (Metalle können beispielsweise recycelt werden). Verbrauchte nichtregenerierbare Energieträger (Mineralöl, Kohle etc.) sind aber definitiv vernichtet, also nicht rückholbar. Der Verbrauch nicht regenerierbarer Energieträger belastet zudem in extremer Weise die Umwelt (Klimaschäden, Schadstoffemissionen etc.). Und die schon stattfindenden und in Zukunft sich intensivierenden Konflikte um natürliche Ressourcen („Krieg ums Öl“) zeigen schließlich, dass wir schnellstmöglich in Richtung eines ökosozial verträglichen Energiesystems umlenken müssen.

Aus all diesen Gründen ist das gesamte umwelt-, finanz- und ordnungspolitische Instrumentarium einzusetzen, um ein ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltiges Energieversorgungssystem aufzubauen. Wir brauchen die Sonnenergiewirtschaft (von der Erdwärme abgesehen, ist letztlich jede regenerative Energie eine Form direkter oder gespeicherter Sonnenergie: Licht-, und Wärmestrahlung, Windkraft, Wasser- und Wellenkraft, Biomasse etc.).

Die schon vorhandenen ökologischen Lenkungssteuern (z. B. Mineralölsteuer) müssen schrittweise erhöht werden. Andere ökologische Lenkungssteuern (z. B. Kerosinsteuer) müssen neu eingeführt werden. Umgekehrt müssen ökologisch bedenkliche staatliche Subventionen abgebaut werden. Ein sozial abgefederter, mittelfristiger Ausstieg aus der Subventionierung der Kohleförderung und –verwertung ist ökologisch dringend erforderlich.

Zudem müssen staatliche Förderprogramme zur Erforschung und Entwicklung wie vor allem zur Markteinführung regenerativer Energiesysteme massiv verstärkt werden (thermische und photovoltaische Sonnenkollektoren, Brennstoffzellen, Wasserstoffnutzung, Windkraft, Erdwärme, Wasser- und Wellenkraft, Biomasse etc.). Das Instrumentarium reicht hier von direkten Subventionen bis hin zur Steuerbefreiung.

Das Energieversorgungssystem ist möglichst weit zu dezentralisieren (viele Sonnenkollektoren auf vielen Dächern, kommunale Nutzung lokal vorhandener regenerativer Energieressourcen etc.), um die Versorgungssicherheit zu erhöhen, Übertragungsverluste zu vermeiden und monopolistische Anbietermacht zu verhindern.

In der Energiewirtschaft ist der Wettbewerb auf das Ziel einer fortschreitenden Einsparung und regenerativen Erzeugung von Energien auszurichten. Wir fordern als Grundlage dafür die Vergesellschaftung der Netze unter Beteiligung von Bund, Ländern und Gemeinden, die von vielen Kommunen, Stadtwerken und Ökostromanbietern schon lange Zeit gefordert wird.¹⁷

In einer dezentralisierten Sonnenergiewirtschaft ist für die so genannte friedliche Nutzung der Atomkraft kein Platz. Atomkraftwerke sind hochgradig gefährlich (ein GAU, auch auf Grund terroristischer oder kriegerischer Einwirkungen, kann niemals vollkommen ausgeschlossen werden), sie sind ökologisch und gesundheitlich unverant-

¹⁷ Dieser Absatz stammt wörtlich aus dem *Gründungsprogramm*.

wortbar (Strahlenbelastung), sie produzieren unlösbare Probleme der Endlagerung radioaktiver Abfälle (hochgiftiges und strahlungsaktives Plutonium hat eine Halbwertszeit von fast 25000 Jahren), sie sind ökonomisch nur konkurrenzfähig auf Grund jahrzehntelanger milliardenschwerer staatlicher Subventionierung und wegen der grundsätzlichen Machbarkeit einer reinen Sonnenenergiewirtschaft auch schlichtweg überflüssig.

28. Ökosozialer Umbau des Verkehrssystems und der Siedlungsstrukturen

Die gesamte zeitökonomische Bilanz aller Arbeitszeitaufwendungen für und Zeitgewinne durch das Verkehrssystem Automobil ist negativ. Dieses System beschleunigt uns nicht, es macht uns langsamer. Die Durchschnittsgeschwindigkeit des Automobils in geschlossenen Ortschaften, in denen rund 80 Prozent des gesamten Autoverkehrs erfolgt, beträgt nur etwa 15 Stundenkilometer. Rechnet man allein die Arbeitszeit ein, die durchschnittliche Arbeitnehmer pro Arbeitstag für die Finanzierung ihres Autos aufwenden müssen, also etwa eineinhalb Stunden, sind wir bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit, die noch unter der normalen Gehens liegt. Alle ökologischen Folgekosten dieses Verkehrssystems (Luftverpestung, Lärmbelästigung, Zersiedlung etc.) sind in dieser Rechnung noch nicht berücksichtigt – und Tausende von Verkehrstoten und Hunderttausende von Verkehrsverletzten und –invaliden schon gar nicht.

Wir streben deswegen den ökologischen Umbau unseres derzeitigen Verkehrssystems durch eine langsame und schrittweise, aber konsequente Verteuerung des automobilen Verkehrs (Erhöhung der Mineralölsteuer und aller anderen Kfz-Steuern, von Parkgebühren, von Geldstrafen für Verkehrsvergehen etc.) sowie die massive Subventionierung der öffentlichen Verkehrssysteme an. Dabei ist ein langsames, schrittweises Vorgehen unabdingbar, um einen organischen Übergang zu einem ökosozial verträglicheren Verkehrssystem ohne Entstehung von Arbeitslosigkeit zu ermöglichen und um allen Betroffenen (Automobilindustrie, Hersteller öffentlicher Verkehrsmittel, Verkehrsverwaltung, Städtebauämter etc.) genügend Zeit zu lassen (Nutzung der natürlichen technischen wie personellen Fluktuation), sich an die neuen Bedingungen anzupassen. Ein vernünftig organisierter ökologischer Umbau unserer Verkehrssysteme muss zu keinerlei Arbeitslosigkeit führen, ja erschließt neue Wachstumspotenziale in ökologisch innovativen Unternehmen.

Ein verstärktes staatliches Engagement ist auch bei der Konzipierung und dem Ausbau eines energiesparenden öffentlichen Personennah- und Fernverkehrs erforderlich. Bei der Bahn müssen Pünktlichkeit und verlässliche Anschlüsse in einem möglichst flächendeckenden Netz Vorrang haben. Der Bund muss Mehrheitseigner der Bahn bleiben, insbesondere auf das Netz muss der Staat bestimmenden Einfluss haben. In diesem Zusammenhang lehnen wir auch die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in den Bereichen Verkehr, Energie, Wasser und Abfall entschieden ab.¹⁸

Die Siedlungsstrukturen und unser Städtebau sind langfristig auf das Ziel einer weitgehenden Verkehrsvermeidung auszurichten (funktionelle Durchmischung von Arbeit, Wohnen und Freizeit). Kommunale Flächennutzungs- und Siedlungspläne müssen den ökologischen Anforderungen Rechnung tragen. Böden sind eine entscheidende und unersetzbare Lebensgrundlage. Sie sind sparsam zu nutzen, Eigentums- und Nutzungs-

¹⁸ Dieser Absatz stammt wörtlich aus dem *Gründungsprogramm*.

rechte sind sozial zu gestalten. Wir wenden uns gegen eine Privatisierung der Staatsforsten.¹⁹

29. Ökologisierung der Landwirtschaft

Die schon in Gang gesetzte Ökologisierung der Landwirtschaft muss weiter forciert werden. Die hochgradig industrialisierte Landwirtschaft in Deutschland wie in der Europäischen Union ist auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig allein auf Grund extrem hoher Subventionierung und prohibitiver Schutzzölle. Es spricht also überhaupt nichts dagegen, diese Subventionen Schritt um Schritt an Kriterien einer ökologischen Landwirtschaft zu binden und weniger und weniger an jene einer industrialisierten Land- und Viehwirtschaft (Zurichtung der Landschaft auf den Einsatz großer Landmaschinen, massiver Einsatz von Kunstdüngern und Schädlingsbekämpfungsmitteln, Massentierhaltung etc.). Die marktbeherrschenden Lebensmittelkonzerne und Handelsketten müssen in diesen Umbauprozess einbezogen werden, damit eine regionalisierte und verbrauchsnahe Lebensmittelversorgung realisiert werden kann.²⁰

Wir lehnen vor diesem Hintergrund die Einführung genmanipulierter Lebensmittel strikt ab. Das agrarwirtschaftliche Hauptproblem in der EU ist die Überschussproduktion und nicht etwa ein Nahrungsmittelmangel. Auch international werden schon heute mehr als genug Lebensmittel produziert. Der Hunger in der Welt ist ein reines Problem der Verteilung (von Land, Landmaschinen, landwirtschaftlicher Technik, Know-how, finanziellen Ressourcen, heimischen und internationalen Märkten, Marktzutrittschancen etc.). Diese Verteilungsprobleme können durch die Nutzung der Gentechnik in keiner Weise gelöst werden.

Die WASG setzt sich für den Schutz der natürlichen Lebensräume der Tiere ein. Wir fordern die Abschaffung nicht medizinisch notwendiger Tierversuche und den Schutz der Tiere vor vermeidbaren Leiden sowie eine artgerechte Tierhaltung. Wir fordern die Einführung des tierschutzrechtlichen Verbandsklagerechts in Bund und Ländern.²¹

30. Verbraucherschutz und sanfte Chemie

Der beste Verbraucherschutz ist eine Ökologisierung der Landwirtschaft und der ökologische Umbau der Industriegesellschaft insgesamt. Die WASG tritt zudem ein für die verstärkte staatliche Förderung von Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen, ihrer Forschung, Konsumgutttests und Publikationen. Alle Menschen sollten unumschränkten informationellen Zugriff auf sämtliche Forschungsergebnisse aller staatlichen oder staatlich geförderten Forschungsinstitute sowie auf Informationsdatenbanken entsprechender Behörden haben.

Alle vorhandenen oder neu hinzukommenden chemischen Substanzen, alle genmanipulierten Lebewesen samt ihrer Produkte (Insulin etc.) und alle Strahlung, Lärm oder sonstige mögliche Gefahrenquellen emittierenden technischen Geräte müssen von unabhängigen Forschungsinstituten auf Kosten der Hersteller dieser Substanzen und Pro-

¹⁹ Die letzten vier Sätze dieses Absatzes stammen wörtlich aus dem *Gründungsprogramm*.

²⁰ Der letzte Satz dieses Absatzes stammt wörtlich aus dem *Gründungsprogramm*.

²¹ Der letzte Absatz stammt wörtlich aus dem *Gründungsprogramm*.

dukte auf humanmedizinische und ökologische Verträglichkeit und Unbedenklichkeit geprüft werden.

Wir treten schließlich für eine ökologische Abfall- und Kreislaufwirtschaft ein. Ein möglichst weit gehendes Recycling aller Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, aller Haus- und Industrieabfälle oder aller ausrangierten Investitions- oder Konsumgüter ist durch entsprechende Gebührenordnungen oder Lenkungssteuern zu forcieren (Pfandverordnungen, Müllabfuhr- oder Abwassergebühren, Rücknahmeverpflichtungen etc.).

IV. WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE ALS MITTEL- UND LANGFRISTIGE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE PERSPEKTIVE²²

Wir müssen das Rad nicht immer wieder neu erfinden. In der Geschichte der Arbeiterbewegung, ihrer Theoretiker und Parteien wurden immer wieder Forderungen nach einer Demokratisierung oder Sozialisierung der Ökonomie laut und entsprechend mehr oder minder tief ausgearbeitete theoretische Modelle vorgelegt.

Unter all diesen Modellen einer Demokratisierung der Mikro- wie Makroökonomie, der betrieblichen wie der volkswirtschaftlichen Entscheidungsebene sticht ein Modell hervor, das in seinem ebenso umfassenden wie detaillierten wie wissenschaftlich fundierten Ansatz seinesgleichen sucht: Das Modell einer *Humanen Wirtschaftsdemokratie*, das von *Ota Šik* und anderen entwickelt worden ist.²³

Wir möchten dieses Modell als grundlegende Orientierung unserer mittel- und langfristigen Wirtschaftspolitik im Folgenden kurz skizzieren, weil es uns äußerst vernünftig begründet erscheint, weil es genau an jenen volkswirtschaftlichen Größen ansetzt, deren Verteilung seit Jahrzehnten grundlegend falsch läuft – und weil uns wichtiger ist, *was* wohlbegründet gesagt wird, und nicht, *wer* etwas sagt. Die WASG ist kein Verein zur Verwirklichung der politökonomischen Vorstellungen von Ota Šik – sondern eine Partei, die eine ökosozial verantwortete *Humane Wirtschaftsdemokratie* verwirklichen möchte.

Das Modell einer *Humanen Wirtschaftsdemokratie* scheint in hervorragender Weise dazu geeignet zu sein, die ökonomischen Probleme marktwirtschaftlich-kapitalistischer Industriesysteme zu überwinden sowie einen makroökonomisch abgesicherten ökologischen Umbau dieser Systeme zu ermöglichen. Interessant ist in diesem Zusammenhang vor allem das Konzept einer *makroökonomischen Einkommensverteilungsplanung*. Sie ermöglicht, die eher *konsumtiv* orientierten Einkommen (Löhne, staatliche Sozialausgaben etc.) und die eher *investiv* orientierten Einkommen (Gewinne, investiv orientierte Teile von Staatseinnahmen) mit der Entwicklung in der *Konsumgüter-* bzw. *Investitionsgüterindustrie* derart zu *harmonisieren*, dass makroökonomische *Ungleichgewichte* (Unterkonsumtionskrisen und Massenarbeitslosigkeit, Inflation etc.) vermieden werden. Dieses Modell umfasst jedoch auch eine Form der Demokratisierung der betrieblichen Basis der Volkswirtschaft, die genau auf die Erfordernisse einer makroökonomischen Einkommensverteilungsplanung abgestimmt ist und insofern vorab kurz umrissen werden soll.

31. Mitarbeitergesellschaften

Auf der mikroökonomischen, also betrieblichen Ebene sieht das Konzept einer *Humanen Wirtschaftsdemokratie* ökonomisch effizient arbeitende, über den Marktdruck den

²² Das nachfolgend ausformulierte Modell einer *Humanen Wirtschaftsdemokratie* findet sich weder im *HH-Entwurf* noch im *Gründungsprogramm*.

²³ *Ota Šik* (1919-2004) war wirtschaftstheoretischer Kopf des „Prager Frühlings“ 1968 in der damaligen ČSSR und danach Professor für Volkswirtschaftslehre in St. Gallen (vgl.: http://de.wikipedia.org/wiki/Ota_Sik).

Verbraucherwünschen entsprechende Betriebe vor, die intern so organisiert sind, dass der Produktionsprozess möglichst *human* verläuft, dass also betriebliche *Entfremdung* möglichst weit abgebaut wird. Die zu letzterem notwendige *materielle wie immaterielle Partizipation* (Beteiligung) der Mitarbeiter einer *Mitarbeitergesellschaft* (MAG) kommt in verschiedenen Organisationsprinzipien derselben zum Ausdruck:

Kapitalneutralisierung: Das Grundkapital einer MAG ist einzelnen Personen oder Personengruppen gegenüber neutral. Es kann nicht an irgendwelche Personen aufgeteilt werden. Es gehört dem gesamten Betriebskollektiv oder gleichsam sich selbst. Es gibt keinerlei Anteilsscheine. Wer Mitglied einer MAG wird, ist automatisch Miteigentümer, wer sie verlässt, verliert automatisch alle Rechte und Pflichten. Mobilitätsprobleme werden dadurch vermieden. Neutralisiertes Kapital entsteht durch eine gesetzlich festgelegte Quote neu entstehender Betriebsgewinne, die in neutralisiertes Kapital verwandelt werden müssen. Vorhandenes Privatkapital wird dadurch nicht tangiert. Neutralisiertes Kapital entsteht also *peu à peu* ohne Enteignung vorhandener Privatkapitalien. Die Kapitalneutralisierung setzt zudem erst ab einer politisch zu bestimmenden absoluten Gewinngröße ein, lässt kleinere Privatbetriebe also unberührt. Die Neutralisierungsquote muss klein genug sein, um genügend motivierende Gewinne für die privaten Kapitaleigner zu belassen, jedoch groß genug, um in einer politisch gewünschten Zeitspanne größere Privatbetriebe in MAGs zu überführen. Es entstünde ein Mischsystem aus privaten Kleinbetrieben, teilprivaten mittelgroßen Betrieben und großen MAGs. Betriebsgründungen könnten also weiterhin auch durch privates Risikokapital erfolgen (Ausfüllen von Marktlücken) und ebenso durch MAGs. Sobald das neutralisierte Kapital in bislang privaten Betrieben nach einer Übergangsperiode eine Mehrheitsposition erreicht hat, greifen in MAGs folgende Organisationsprinzipien:

Entscheidungsstrukturen: Die *Hauptversammlung* aller Mitarbeiter einer MAG wählt einen *Aufsichtsrat*, der seinerseits einen geschäftsführenden *Vorstand* bestimmt. Der Aufsichtsrat ist für alle grundsätzlichen Entscheidungen verantwortlich (größere Investitionen, Fusionen, Formen der Gewinnbeteiligung u.a. – zu letzterer gleich mehr). Er ist das Interessenvertretungsorgan der Mitarbeiter gegenüber dem Vorstand und sollte sich insofern größtenteils aus Mitarbeitern der MAG zusammensetzen, die sich in dieser Funktion in bestimmten Zeitabständen abwechseln (Rotationsprinzip). Der Aufsichtsrat überwacht vor allem die laufende Geschäftstätigkeit des Vorstandes. Dieser setzt sich aus internen wie externen Experten zusammen. Im Gegensatz zum Aufsichtsrat ist die Amtsdauer eines Vorstandsmitgliedes prinzipiell unbegrenzt und allein leistungsabhängig.

Arbeitsorganisation: In MAGs werden so weit wie möglich *selbst bestimmte Arbeitsgruppen* verwirklicht, in denen die Mitarbeiter im Rahmen der dieser Arbeitsgruppe durch den Vorstand vorgegebenen Aufgaben demokratisch über die interne Arbeitsteilung und andere, allein die jeweilige Arbeitsgruppe betreffende Angelegenheiten entscheiden können. Der Führungsstil in der gesamten MAG ist so *demokratisch* wie immer möglich zu organisieren (Herrschaft des Sachverstandes und des besten Argumentes und nicht Herrschaft irgendwelcher Herrschaften).

Materielle Partizipation: Die Menschen in einer MAG sollen sich als verantwortliche Mitarbeiter erfahren, als Menschen, deren Wort gehört wird, die mitreden und mitentscheiden können und die dem eigenen Betrieb nicht mehr fremd gegenüberstehen. Neben der *immateriellen Partizipation* (aktives und passives Wahlrecht) soll das Identifikationsgefühl der Mitarbeiter vor allem durch ihr *Miteigentum* am neutralisierten Kapital gestärkt werden, das sich konkret in einer *Gewinnbeteiligung* äußert (*materielle Partizipation*). Diese Gewinnbeteiligung wird neben den Tariflöhnen ausbezahlt (oder auch, in Verlustzeiten, eben nicht). Tariflöhne müssen bleiben, um eine sinnvolle be-

triebliche Gewinn- und Verlustrechnung betreiben zu können und um Arbeitsleistungen bzw. -qualifikationen auch zwischen den Betrieben und Branchen vergleichbar zu machen bzw. zu halten. Innerhalb des Rahmens einer gesetzlich bestimmten *maximalen Gewinnbeteiligungsquote* (davon gleich mehr) bestimmt der Aufsichtsrat einer MAG die konkreten Modalitäten der Gewinnbeteiligung (pro Kopf, nach Gehaltsstufen, nach Betriebsjahren etc.). Auch in teilweise oder vollständig durch Privatkapital geführten Betrieben sollten Modi einer Gewinnbeteiligung gesetzlich geregelt werden, um Abwanderungen von diesen zu MAGs zu verhindern.

Mit diesem Modell einer Überwindung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit auf betrieblicher Ebene grenzt sich das Modell einer *Humanen Wirtschaftsdemokratie* auch von verschiedenen so genannten überbetrieblichen Beteiligungsmodellen ab. Was diese Modelle, etwa überbetriebliche Vermögensfonds, alle nicht leisten können, ist die Überwindung der konkreten, betrieblichen Entfremdung der arbeitenden Menschen. Ein Miteigentum am „Irgendwo“ einer Volkswirtschaft lässt keinerlei emotionale Bindungen und Verantwortungsgefühle bei den Menschen entstehen – siehe die Erfahrungen im ehemals „real existierenden Sozialismus“. Dies ist aber eine Grundvoraussetzung für die Überwindung betrieblicher Entfremdung, also einer Humanisierung der Arbeitswelt.

32. Makroökonomische Verteilungsplanung

Das Konzept einer makroökonomischen Verteilungsplanung hat mit dem ehemals realsozialistischen Planungskonzept etwa so viel zu tun wie die Institution eines Strafzettels für Falschparken mit den Folterkellern des Mittelalters. Alle Fehlentwicklungen im Kapitalismus sind auf dessen *Verteilungsverhältnisse* unmittelbar oder mittelbar zurückzuführen (Krisenhaftigkeit, mangelhafte Befriedigung sozialer Bedürfnisse wie ökologischer Erfordernisse, mangelhafte makroökonomische Partizipation). Diese makroökonomischen *Verteilungsverhältnisse* sind also *Gegenstand* des Konzeptes einer makroökonomischen Verteilungsplanung. In diesem Konzept wird keinem Betrieb vorgegeschrieben, was er in welchen Mengen oder Qualitäten zu produzieren hat. Darüber bestimmt allein der Markt – und das heißt: der Verbraucher. Alles andere wäre eine Diktatur über die konkrete Bedürfnisbefriedigung des Menschen – und eine ineffiziente, wie das Beispiel des real existierenden Sozialismus gezeigt hat, zudem.

Inhalte und Gegenstände der makroökonomischen Verteilungsplanung (im Folgenden kurz Makroplanung) sind also alle primären Verteilungsprozesse (Aufteilung des Volkseinkommens auf Gewinne und Löhne) sowie die sekundären Umverteilungsprozesse (staatliche und kreditäre Umverteilung). Der quantitative, Krisen und Inflation vermeidende *Ausgleich* der eher *investiv* orientierten Final-, also Endeinkommen (vor allem investiv orientierte Gewinnanteile) und der eher *konsumtiv* orientierten Finaleinkommen (konsumtiv orientierte Gewinnanteile, Lohneinkommen und Staatsausgaben) mit den erforderlichen, von der Entwicklung der Produktion und der Produktivität abhängigen gesamtökonomischen Investitions- und Konsumtionssummen ist die eigentliche Aufgabe der Makroplanung.

Die Organisation der Makroplanung hat dieser Hauptaufgabe sowie ihren weiteren Aufgaben einer *Demokratisierung* der makroökonomischen Entscheidungsprozesse sowie einer *gesellschaftlichen Steuerung der sozialen Konsumtion* gerecht zu werden. Die Planungsorganisation muss einerseits eine möglichst sachgerechte, wissenschaftlich abgesicherte Erfassung der makroökonomischen Entwicklungsprozesse, also die Erfassung dessen, was in nächster Zukunft produktiv möglich ist, gewährleisten (*genetische*, d.h. vom produktiven Ist-Zustand und der weiteren produktiven Entwicklung bestimmte Seite der Planung). Andererseits muss sie möglichst weit von verschiedensten demokratisch legitimierten Interessen bestimmt sein (*teleologische*, d.h. von Wünschen und Zie-

len bestimmte Seite der Planung), d.h. sie darf keine expertokratische Bürokratenplanung hinter verschlossenen Türen sein. Alle entsprechenden *Planungskommissionen* müssen insofern aus fachlich qualifizierten Vertretern verschiedenster Interessengruppen zusammengesetzt sein (Experten aus Parteien, Verbänden, Gewerkschaften, Wissenschaftsvertreter etc.). Sie werden aus bestehenden Institutionen rekrutiert und verursachen insofern keine weitere Bürokratie. Diese Planungskommissionen arbeiten *zwei bis drei Planvarianten* aus, die der *Bevölkerung zur Wahl* vorgelegt werden. Die Planung ist also von ihrer Entstehung wie von ihren Ergebnissen her demokratisch legitimiert. Die Pläne, die alle Krisen vermeidend ausbalanciert sein müssen, unterscheiden sich vor allem durch die unterschiedlichen Modi der Aufteilung der gesamtwirtschaftlichen Konsumtion auf privaten und sozialen Konsum und speziell durch die je unterschiedliche innere Aufteilung des letzteren (eher mehr Geld für privaten oder öffentlichen Verkehr, für Atomkraftwerke oder Sonnenkollektoren, für Rüstung oder Bildung – insofern diese Relationen durch öffentliche Nachfrage beeinflussbar sind).

Die Methodik der Makroplanung ist also die *indirekte* Beeinflussung und Lenkung des makroökonomischen Produktionsprozesses durch die Planung und Lenkung der makroökonomischen Verteilungsprozesse. Die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Konsumtion wird zunächst bestimmt durch die *gesamtwirtschaftliche Summe der Tariflöhne*. Sie wird – unter demokratischer Erweiterung der Zahl der Verhandlungspartner – auch im Modell der *Humanen Wirtschaftsdemokratie* durch Verhandlung bestimmt.

In diesem Konzept wird die makroökonomische Konsumtionssumme jedoch auch durch die *Gewinnbeteiligung* determiniert. Hier ist der Ort, wo die *Makroplanung* in den mikroökonomischen Prozess regulierend eingreift: Den Betrieben wird eine *maximale Gewinnbeteiligungsquote gesetzlich vorgeschrieben*. Die Gesellschaft bestimmt damit, welche konsumtiv orientierten Gewinnanteile ausgeschüttet werden dürfen und welche Gewinnanteile für Investitionen (oder Rücklagen) im Betrieb bleiben müssen. Sie bestimmt *nicht* über die *absoluten* Gewinngrößen, die allein von den *Marktleistungen* abhängen dürfen. Sie bestimmt *Verhältnisse* bzw. *Quoten* und sorgt dieserart für ein makroökonomisches *Gleichgewicht*, d.h. für richtige *Verhältnisse* zwischen den eher konsumtiv und eher investiv orientierten Teilen des Volkseinkommens einerseits und den Proportionen der Konsum- bzw. Investitionsgüterindustrie andererseits.

Um dieses Gleichgewicht nicht zu gefährden, obliegt der Makroplanung zudem, bei der Bestimmung der konsumtiv orientierten Finaleinkommensgrößen sowie der investiv orientierten Finaleinkommensgrößen die staatlichen wie kreditären *Umverteilungsprozesse* zu berücksichtigen – also die Höhe der Lohn- und Gewinnbesteuerung, der indirekten Steuern, der Struktur der Staatsausgaben, der Sparsummen aus Löhnen und Gewinnen, der Konsumtions- und Investitionskredite und ihrer je unterschiedlichen konsumtiven oder investiven Wirkungen. Ein Gleichgewicht bei der primären Einkommensverteilung (Löhne, Gewinne) darf nicht durch *sekundäre Umverteilungsprozesse* (Staat, Bankenwesen, Versicherungen) gefährdet werden.

Die Durchsetzung der Pläne obliegt der demokratisch gewählten Regierung bzw. einem von ihr bestimmten *Wirtschaftsrat*. Die Regierung ist, entgegen den einzelnen Betrieben, an den *via Volksentscheid ausgewählten Plan gebunden*. Sie wird sich in der Regel aus Parteien bzw. Parteienkoalitionen zusammensetzen, die sich schon im Wahlkampf hinter bestimmte Planvarianten, also hinter „ihre“ Pläne gestellt haben. Die *Maßnahmen*, mit denen die Planziele verwirklicht werden, sind in den Plänen grundsätzlich schon vorgegeben. Es handelt sich um eine *planadäquate Lohn-, Gewinnbeteiligungs-, Fiskal-, Währungs- und Außenhandelspolitik* etc., also um größtenteils *indirekt* den Wirtschaftsprozess beeinflussende *wirtschaftspolitische Maßnahmen*. Makroökonomische Verteilungsplanung ist in diesem Sinne *geplante Wirtschaftspolitik*. Maximal ein-

zelne wirtschaftspolitische Maßnahmen können (könnten) marktwidrig sein, nicht jedoch die Planung wirtschaftspolitischer Maßnahmen selbst. Nochmals: Es handelt sich nicht um Produktionsdirektiven für einzelne Betriebe. Von Seiten der Makroplanung sind die Betriebe, abgesehen von der Gewinnbeteiligungsquotierung, in allen ihren Entscheidungen so frei (oder unfrei) wie heute.

33. Antimonopolistische Marktregulation

Auch demokratisch organisierte Mitarbeitergesellschaften könnten in Versuchung geraten, den Lockungen monopolistischer Preis- und Einkommenssetzungsmacht zu erliegen. Die dritte Säule im Modell einer *Humanen Wirtschaftsdemokratie* bildet deswegen das Konzept einer antimonopolistischen Marktregulation. Es beinhaltet vor allem zwei Maßnahmenkomplexe:

Zunächst sollte die allgemeine Wirtschaftspolitik (Ordnungs- und Prozesspolitik) ökonomischen Wettbewerb optimal fördern. Dies meint die systematische Förderung von Existenzneugründungen, von Outsidern oder etwa auch von konkurrierenden Importen in volkswirtschaftliche Bereiche bzw. Branchen, die durch Monopolisierungen bedroht sind. Eine solche antimonopolistische Politik wäre unter der Voraussetzung einer weiten Verbreitung demokratisch organisierter, also relativ transparenter Mitarbeitergesellschaften natürlich sehr viel leichter durchzusetzen als im heutigen vermachteten Privatkapitalismus.

Zum Zweiten sieht das Modell einer *Humanen Wirtschaftsdemokratie* eine *antimonopolistische Strafsteuer* für langfristig überdurchschnittliche Gewinnraten vor. Genau dies ist nämlich das Kriterium für ein Monopol: Überdurchschnittliche Gewinnraten ziehen normalerweise Kapital an, führen zu Produktions- bzw. Angebotsausweitungen und letztlich also zu relativen Preis- und Gewinnsenkungen. Unterbleibt dieser Prozess des Ausgleiches der Gewinnraten längerfristig, ist zu vermuten, dass hier ein Monopol seine Macht ausnutzt, diesen Ausgleichsprozess zu unterbinden. Eine antimonopolistische Strafsteuer, als wirtschaftspolitisches Instrument eingebettet in den demokratischen Prozess der Makroplanung, müsste also diesen normalerweise ablaufenden Prozess der volkswirtschaftlichen Gewinnratenangleichung gleichsam simulieren: Über einen politisch zu bestimmenden Zeitraum müsste eine längerfristig überhöhte Gewinnrate eines einzelnen Unternehmens an den volkswirtschaftlichen bzw. Branchendurchschnitt angeglichen werden. Dies muss langsam und schrittweise erfolgen, um kurzfristig überdurchschnittliche Gewinnraten als Belohnung für am Markt erfolgreiche Prozess- und Produktinnovationen nicht zu demotivieren.